

- 3 Überlegungen zur Verbesserung der Koordination
der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland –
vom bundesweiten Gedenkstättenseminar zur Gedenkstätten-
konferenz
Thomas Lutz

- 9 Dezentralität und Vielfalt –
Erinnerungskultur in Nordrhein-Westfalen
Kirsten John-Stucke

- 16 Gedenkstättenlandschaft in Bewegung.
Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte
in Schleswig-Holstein gegründet
Harald Schmid

- 19 Der International Tracing Service während der Besatzungszeit
Bernd Joachim Zimmer

- 30 Familienbegegnungen.
Ein Seminarangebot der Stiftung Topographie des Terrors
Ulrich Tempel

- 39 Open-Air-Ausstellung erinnert an die Geschichte
des »Todeslagers Klinkerwerk« in Oranienburg
Horst Seferens

- 42 »Weil das, was sie trieben, so unmenschlich war«.
Menschenrechte im Blick – ein deutsch-polnisches Filmprojekt
mit Jugendlichen und ehemaligen Zwangsarbeitern
Patricia Degueudre und Susanne Schlösser

- 46 Wanderausstellung:
Das Gesicht des Gettos – Bilder jüdischer Photographen
aus dem Getto Litzmannstadt 1940–1944
Thomas Lutz

- 49 Veranstaltungshinweise

- 52 Literaturangaben

Titelfoto: Die Open-Air-Ausstellung »Todeslager Klinkerwerk« in Oranienburg befindet sich im Bereich des ehemaligen SS-Schießstandes, dessen originales Verwaltungsgebäude im Hintergrund zu sehen ist.
Foto: Manuela Schulz, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Überlegungen zur Verbesserung der Koordination der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland

VOM BUNDESWEITEN GEDENKSTÄTTENSEMINAR
ZUR GEDENKSTÄTTENKONFERENZ

Thomas Lutz

In den letzten Monaten habe ich mich mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, der AG KZ-Gedenkstätten, den Zentralen für politische Bildung, die auf Einladung von Dr. Jellonek in der Saarländischen Landesvertretung in Berlin getagt haben, und vielen Einzelgesprächen bemüht, eine bessere Koordinationsform für die Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland zu finden. Im Folgenden will ich die sich daraus ergebende Bestandsbeschreibung und Lösungsmöglichkeiten darstellen.

Bestandsaufnahme

In Deutschland haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte neben temporären Zusammenschlüssen, z.B. bei der Beratung von Gedenkstätten im Aufbau oder der Erarbeitung von (gemeinsamen) Ausstellungen, kontinuierliche Formen des Erfahrungsaustausches und der Zusammenarbeit auf drei Ebenen herausgebildet, die bis heute Bestand haben:

1 Vereinigungen, die sich aus geographisch-politischen Gründen zusammengeschlossen haben

Das bundesweite Gedenkstättenseminar als älteste Form des Austausches und der Zusammenarbeit wurde ab 1983 vom Gedenkstättenreferat der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. angeboten, das seit 1993 von der Stiftung Topographie des Terrors fortgeführt wird. Es hat sich mit den zweimal jährlich stattfindenden Treffen zu einem wichtigen Austauschorgan entwickelt. Die prinzipielle Struktur – Auseinandersetzung mit dem historischen Ort, an dem das Seminar stattfindet, ein übergreifendes Thema, das inhaltlich dazu passt und die Möglichkeiten des Austausches untereinander – hat sich bis heute erhalten. Da die im Bereich der Gedenkstätten vor allem ehrenamtlich oder nebenberuflich tätigen Personen häufig über keine großen Einkünfte verfügen, sind die Seminare stark subventioniert. Finanziert wurden sie von der Aktion Sühnezeichen, später mit verbesserten finanziellen Voraussetzungen durch die Stiftung Topographie des Terrors. Da diese Zuschüsse nie kostendeckend waren und sind, müssen bis heute für jedes Seminar weitere Geldgeber gefunden werden. Diese waren auf der einen Seite die jeweiligen lokalen Mitveranstalter, aber auch politische Stiftungen.

Vor allem die Friedrich-Ebert- aber auch die Friedrich-Naumann-Stiftung haben bis in die 1990er Jahre hinein die Seminare kräftig unterstützt. Die Bundeszentrale für politische Bildung, die eine Reihe der Seminare in der Anfangsphase als Zuschussgeber gefördert hat, war von Ende der 1990er Jahre bis 2010 Mitveranstalter bei den pro Jahr zwei stattfindenden Seminaren und hat sowohl hinsichtlich der Finanzen als auch der inhaltlichen Beratung durch Ulrike Puvogel einen sehr wichtigen Beitrag geleistet. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat – nach dem Ausscheiden von Frau Puvogel in den Ruhestand – beschlossen, ihre Mitarbeit und Förderung im

Bereich der Gedenkstättenseminare um die Hälfte zu kürzen und nur noch einmal im Jahr als Mitveranstaltende des bundesweiten Gedenkstättenseminars aufzutreten. Dank der Förderung durch die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten konnte im Jahr 2011 das zweite bundesweite Gedenkstättenseminar in der gewohnten Art und Weise durchgeführt werden. Für das Jahr 2012 ist ein finanzieller Zuschuss in dem bisherigen Umfang nicht vorhanden. Daher kann das übliche, offen ausgeschriebene bundesweite Gedenkstättenseminar in diesem Herbst nicht durchgeführt werden.

Erfahrungsaustausch und Lobby-Arbeit

In den 1980er Jahren hatte das Bundes-Gedenkstättenseminar – neben der inhaltlichen Fortbildung – auch die Aufgabe, eine gemeinsame Lobby aufzubauen und sich in aktuellen gedenkstättenpolitischen Entwicklungen zu Wort zu melden. Diese Funktion hat sich vor allem nach der deutschen Einheit zunehmend verloren. Ursache dafür war die zufällige Zusammensetzung der Teilnehmenden. Viele »Meinungsführer« waren nicht anwesend. Darüber hinaus ist es nicht möglich gewesen, während der Seminare in der sehr großen Teilnehmerrunde von bis zu 140 Personen entsprechende Meinungsäußerungen der Gedenkstätten abzustimmen.

In sechs Bundesländern sind zudem um die Jahrtausendwende Landesarbeitsgemeinschaften entstanden, die auf dieser geographisch-politischen Ebene Seminare zum Austausch und zur Koordination veranstalten: Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Die über die »Politische Memorialie Mecklenburg-Vorpommern e.V.« organisierten Gedenkstätten weichen insofern von den anderen ab, als dass dort dezidiert Gedenkstätten zusammenarbeiten, die sowohl zu den NS-Verbrechen als auch zu den Lagern und Haftstätten in der Zeit der sowjetischen Besatzung und zur Geschichte der DDR-Diktatur arbeiten.

In Schleswig-Holstein besteht eine »Bürgerstiftung Gedenkstätten Schleswig-Holstein«, die trotz ihrer geringen Fördermöglichkeiten eine koordinierende Funktion mitübernimmt, u.a. hat sie eine Homepage für alle Gedenkstätten in dem nördlichsten Bundesland erarbeitet. Wie hier im Rundbrief nachzulesen, hat sich als eine Auswirkung dieser Aktivitäten auch in Schleswig-Holstein jüngst eine Landesarbeitsgemeinschaft gegründet.

Für die Gedenkstätten und -initiativen, die aufgrund der Kulturhoheit der Länder das jeweilige Bundesland als wichtigen Ansprechpartner haben, auch in Fragen der Förderung, sind diese Zusammenschlüsse von großer Bedeutung. Es wäre wünschenswert, wenn sich solche Verbände auch in weiteren Bundesländern zusammenfinden würden.

Regionale Zusammenschlüsse gab und gibt es zudem über Treffen von Außenlagerinitiativen, die von den KZ-Gedenkstätten veranstaltet werden. Die älteste Tradition hat bei der Durchführung dieser Treffen Neuengamme, aber auch die anderen Gedenkstätten ehemaliger Hauptlager fördern die jeweiligen Initiativen.

Zu dem Bereich der Gedenkstättenzusammenschlüsse hinzuzurechnen ist auch die »Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten«, in der sich die KZ-Gedenkstätten zusammengeschlossen haben, die in der NS-Zeit selbstständige Lager waren und die heute sowohl vom Bund als auch von dem jeweiligen Sitzland getragen werden: Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Neuengamme, Ravensbrück und

Sachsenhausen. Das Gedenkstättenreferat nimmt in diesem Kreis eine koordinierende Stellung ein. Diese Arbeitsgemeinschaft berät sowohl professionelle Tätigkeiten – so hat sie z.B. die gemeinsame Auswertung der Akten des WVHA, auch in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten im Ausland, initiiert – als auch erinnerungspolitische Fragestellungen. Vor allem hat sich die Arbeitsgemeinschaft in verschiedene erinnerungspolitische Debatten, etwa bei der Überarbeitung des Bundesgedenkstättenkonzeptes, eingemischt.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass neben den Gedenkstättenseminaren als weiteres kontinuierliches Informationsorgan ebenfalls seit 1983 der GedenkstättenRundbrief herausgegeben wird. Dieser hat die Aufgabe, ein Informations- und Diskussionsorgan für Gedenkstätten mit einer Öffnung zu angrenzenden Themen der Erinnerungskultur zu sein. Er ist in den letzten 29 Jahren insgesamt 166 Mal erschienen. Seit dem Jahr 2000 ist das Online-GedenkstättenForum als Fachinformationsportal hinzugekommen, das eine wesentlich schnellere und umfangreichere Information und Vernetzung ermöglicht.

2 Verbände, die zu historischen Themen arbeiten

Die älteste Einrichtung in diesem Kooperationsbereich ist der »Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte der »Euthanasie« und Zwangssterilisation«. Er besteht im nächsten Jahr seit drei Jahrzehnten. Geisteswissenschaftler, Mitarbeitende im Gesundheitswesen und Gedenkstätten sowie an dem Thema Interessierte haben sich zu einem Forum zusammengeschlossen, das sich sowohl mit den Verbrechen in der NS-Zeit als auch mit daran anknüpfenden aktuellen Fragestellungen befasst. Die regelmäßigen Treffen werden abwechselnd von Teams aus dem Umfeld des Tagungsortes organisiert. Auch im historischen Feld der sowjetischen Kriegsgefangenenlager hat eine solche Arbeitsgruppe bestanden, die ihre gemeinsamen Aktivitäten in letzter Zeit jedoch sehr zurückgefahren hat.

3 Arbeitsgemeinschaften, die zu professionellen Themen arbeiten

Die Arbeitsgemeinschaften der Gedenkstättenbibliotheken und -archive ist hier als Beispiel ebenso zu nennen wie die Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik.

Die sich seit 1983 entwickelnde Form der bundesweiten Zusammenarbeit und Koordination war historisch hauptsächlich auf Gedenkstätten in Westdeutschland fixiert. Nach der deutschen Einheit hat der unmittelbare Koordinationsfokus die neuen Bundesländer mit eingeschlossen. Wenn diese Gedenkstättenzusammenschlüsse auch in erster Linie zur Aufarbeitung der Geschichte der NS-Verbrechen gegründet wurden und bis heute in ihren Themenstellungen stark darauf ausgerichtet sind, besteht eine Offenheit, auch Gedenkstätten zu den NKWD-Lagern bzw. der DDR-Diktatur mit in die Beratungen einzubeziehen. Dies ist auf professioneller Ebene von Bibliotheken und Archiven sinnvoll. Dort sind zwar die historischen Themen abweichend, die professionellen Fragestellungen jedoch sind sehr ähnlich, gerade in den häufig als Ein-Personen-Abteilung geführten Tätigkeitsbereichen.

Im internationalen Vergleich wird deutlich, wie gut sich die Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland untereinander austauschen und miteinander kooperieren. Lediglich

in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht über die »Assoziation of Holocaust Organizations« ein Verbund der Holocaust-Museen, der ansatzweise eine ähnliche Art und Weise des Austausches wie in Deutschland pflegt. Seine Aktivitäten schlagen sich in einer Mailing-Liste und regelmäßig durchgeführten landesweiten Seminaren nieder. In anderen Ländern gibt es bisher keine kontinuierliche Zusammenarbeit oder lediglich erste Ansätze, etwa in Österreich, wo 2010 erstmals ein österreichweites Gedenkstättenseminar stattgefunden hat, das eine dem bundesweiten Gedenkstättenseminar in Deutschland ähnelnde Struktur aufweist.

Internationale Koordination

Im internationalen Bereich bestehen zwei Organisationen, die im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der NS-Verbrechen von Bedeutung sind:

Als erstes sei die »Task Force for Holocaust Education, Remembrance and Research« genannt. Über diese ist schon viel geschrieben worden. Ihre Aktivitäten können auf der Homepage aktuell verfolgt werden.¹ Für eine strukturelle Vernetzung von Gedenkstätten in Deutschland erscheint diese Organisation ungeeignet.

Der zweite internationale Zusammenschluss, der wie unten dargestellt, eher eine Relevanz für die Kooperation der Gedenkstätten in Deutschland haben könnte, ist das »Internationale Komitee für Gedenkstätten für Opfer staatlicher Gewalt« (IC MEMO²). Es ist eines von 30 internationalen Fachkomitees innerhalb des Weltmuseumsrates (ICOM). Nach der Gründung 2001 war Wulff E. Brebeck für die erlaubten zwei Wahlperioden dessen Präsident. Aktuell sitzt dem Komitee Jon Reitan, Mitarbeiter der Gedenkstätte und des Menschenrechtszentrum Falstad in der Nähe von Trondheim (Norwegen) vor. Das Komitee hat im letzten Jahrzehnt mindestens einmal im Jahr mit internationalen Tagungen in Europa, aber auch in Asien und Mittelamerika übergreifende Themen von Gedenkstätten behandelt und sich auch in fach- und erinnerungspolitischen Fragen zu Wort gemeldet. Unter anderem hat es eine Charta für die Arbeit von Gedenkstätten verabschiedet.³

Problembeschreibung

Die unterschiedlichen Gedenkstätten haben eine sehr gute Praxis auf der Grundlage der Professionalisierung der Tätigkeiten von Gedenkstätten als eine besondere Form von zeithistorischen Museen mit zusätzlichen Aufgaben, die sowohl dem Gedenken der NS-Verfolgten, der Zusammenarbeit mit Überlebenden und deren Angehörigen als auch einer besonderen Form der historischen Bildungsarbeit verpflichtet sind, entwickelt. Zugleich sind aus vielfältigen Gründen – die sowohl in dem wachsenden Abstand zu der NS-Zeit als auch in Veränderungen der Erinnerungskultur, die über Deutschland hinaus in Europa vor allem durch die EU-Erweiterung, aber auch durch eine weltweite Zunahme des Interesses an der Geschichte des Holocaust geschuldet sind – neue Möglichkeiten und Herausforderungen entstanden.

Es wäre wünschenswert, wenn die Gedenkstätten zu diesen Entwicklungen ihre Stimme erheben und als gemeinsam agierende Institutionen in Deutschland wesentlich besser wahrgenommen werden würden. Dies geschieht bisher nur individuell und nicht untereinander abgesprochen oder koordiniert. Die Dezentralität der stark bürgerschaftlich gewachsenen Gedenkstättenarbeit, die im Prinzip sehr positiv zu bewerten ist, hat hier ihre Schwäche.

Zwei Lösungsmöglichkeiten

Ein erster Schritt müsste der intensivere und kontinuierlichere Austausch zwischen den Personen sein, die Institutionen oder Verbände repräsentieren. Die Veranstaltungen müssten vom Umfang her eine Größe haben, die ein intensives Arbeiten garantiert und zugleich die verschiedenen Gedenkstätten- und Initiativen mit ihren jeweils unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Bedürfnissen für eine Zusammenarbeit repräsentiert. Zugleich muss überlegt werden, wie diese Arbeit mit einem möglichst geringen Maß an Mehraufwand sinnvoll betrieben werden kann.

1 Neuausrichtung des bundesweiten Gedenkstättenseminars als Gedenkstättenkonferenz

Die Neuausrichtung des jeweils zweiten pro Jahr stattfindenden bundesweiten Gedenkstättenseminars erscheint die beste Möglichkeit, den Austausch und die Bemühungen der Zusammenarbeit zwischen den Gedenkstätten zu verbessern. Für den Herbst 2012 ist geplant, diese Form einzuführen. Darüber hinaus muss überlegt werden, ob neben den Treffen bei den Seminaren in irgendeiner Weise eine Struktur der Zusammenarbeit etabliert werden sollte.

Im Unterschied zu dem jeweils ersten pro Jahr stattfindenden Seminar soll die Zahl der Teilnehmenden begrenzt werden. Nur so ist es möglich, eine Größe zu schaffen, die einen intensiven Meinungsaustausch und Verabredungen zwischen den im Gedenkstättenbereich Agierenden möglich macht. Daher soll für diese Seminare ein Delegationsprinzip eingeführt werden. Die bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften entsenden jeweils zwei bis drei Personen als ihre Vertretung. Dazu werden noch Gedenkstätten, die in keinem Verbund vertreten sind und die Zentralen für politische Bildung, soweit die Gedenkstättenarbeit in ihren Bereich fällt, eingeladen. Als Auswirkung dieser Einladungs politik besteht die Hoffnung, dass eine breite und wichtige Vertretung der Gedenkstätten zusammenkommen wird, die in der Lage ist, die Interessen der verschiedenen Gedenkstätten einzubringen und in einem überschaubaren Rahmen zu diskutieren.

Diese Einladungs politik bringt Probleme mit sich, da eine Auswahl getroffen wird, wer an den Veranstaltungen teilnehmen kann und auch alle Kosten von den Teilnehmenden in voller Höhe getragen werden müssen. Gerade für die Gedenkstätten, die nicht in Zusammenschlüssen vertreten sind, ist die Teilnahme schwierig. Dies mag ein Anreiz sein, in den Bundesländern, die bisher keine landesweiten Zusammenschlüsse gegründet haben, dies nachzuholen. Auf der anderen Seite liegt in der Teilnehmerbegrenzung jedoch auch eine Chance. Es besteht die Hoffnung, dass die Themen der Zusammenkünfte vorher in den Gedenkstättenzusammenschlüssen diskutiert und von den Delegierten die Ergebnisse wieder in den Gedenkstätten/-Initiativen zurückgespiegelt werden. Ob dieses Verfahren tatsächlich die gewünschte Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit unter den Gedenkstätten auf einer kontinuierlichen Basis erwirken kann, muss sich zeigen. Diese Form des bundesweiten Gedenkstättenseminars, die man in Unterscheidung zur bisherigen Form besser »Bundesweite Gedenkstättenkonferenz« nennen sollte, muss nach den ersten Erfahrungen hinterfragt werden.

Falls der Vorschlag sich als unpraktikabel erweisen sollte, wäre es auch denkbar, zu der alten Form der offen ausgeschriebenen Seminare zurückzukehren. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist, dass ein weiterer kontinuierlicher Partner gefunden werden kann, der die Veranstaltung finanziell mitträgt.

2 Gründung einer deutschsprachigen Sektion des IC MEMO

Die zweite Möglichkeit, die in den vielen Gesprächen in den letzten Monaten ins Auge gefasst wurde, ist innerhalb des IC MEMO eine deutschsprachige Sektion zu gründen. Der Vorteil liegt darin, dass eindeutig ist, wer daran teilnehmen kann: Institutionen oder Privatpersonen, die sich als Mitglieder des ICOM für eine »voting membership« in der internationalen Sektion des IC MEMO haben registrieren lassen. Die Probleme der Abgrenzung, die das erste Modell mit sich bringt, wären durch die Entscheidung der Institutionen und Personen gelöst, ob sie Mitglied des IC MEMO werden und damit Teilnahmerecht haben. Zudem ist die professionelle Ausrichtung der Vernetzung schon durch deren Verfasstheit ausgewiesen, was im kulturpolitischen Bereich von Vorteil ist.

Allerdings wurde in den Diskussionen der letzten Monate immer wieder hervorgehoben, dass vor allem für Initiativen eine Mitgliedschaft im IC MEMO schwer vorstellbar ist. Diese Lösung für eine Zusammenarbeit und Interessenvertretung würde daher einen Teil der Gedenkstätten ausschließen.

Wenn der Vorschlag, das bundesweite Gedenkstättenseminar zum ersten Mal in diesem Herbst in der neuen Form durchzuführen, auch Nachteile hat, so erscheint er doch als die beste Möglichkeit, eine möglichst große Vielfalt der Gedenkstätten und in diesem Bereich der Erinnerungskultur tätigen Personen an einem Tisch zu versammeln und zugleich einen Umfang zu gewährleisten, der eine intensive Debatte untereinander ermöglicht.

Dieser Text wird auch in der PublicNewsgroup des GedenkstättenForum (www.gedenkstaettenforum.de) eingestellt werden. Dort ist eine Kommentierung und Debatte möglich. Ich würde mich sehr freuen, zu den hier vorgestellten Überlegungen weitere Rückmeldungen zu erhalten.

- 1 Siehe etwa die Dissertation von Jens Kroh: Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen, 2008 im Campus-Verlag erschienen oder die Homepage der ITF: www.holocausttaskforce.org/index.php
- 2 International Committee for Memorial Museums for Victims of Public Crimes. Homepage: falstadsenteret.no/ic_memo
- 3 Der Text ist zu finden im GedenkstättenForum: www.gedenkstaettenforum.de/offenes-forum/offenes-forum/news/internationale_charta_fuer_gedenkstaetten_verabschiedet

Dezentralität und Vielfalt

ERINNERUNGSKULTUR IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Kirsten John-Stucke

Die Gedenkstättenlandschaft für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im bevölkerungsreichsten Bundesland in Deutschland zeichnet sich durch eine lebendige Vielfalt dezentraler Gedenkstätten und Erinnerungsorte aus, die aufgrund ihrer unterschiedlichen lokalen Anforderungen eine große Bandbreite an Themen und Vermittlungsangeboten aufweisen.

Zur Geschichte der Erinnerungskultur in NRW

Wie in vielen Teilen der Bundesrepublik begannen auch in Nordrhein-Westfalen Ende der 1970er Jahre lokale bürgerliche Initiativen, sich gegen das noch immer weitverbreitete Schweigen und Verdrängen der nationalsozialistischen Vergangenheit zu stellen und sich mit der NS-Geschichte vor Ort zu beschäftigen. Bis dahin waren zumeist Gedenktafeln und Mahnmale auf zentralen öffentlichen Plätzen oder Friedhöfen errichtet worden, an denen das öffentliche Gedenken und Trauern um die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen stattfinden konnte. Die Tafeln und Mahnmale übernahmen für die Überlebenden die Funktion symbolischer Ersatzorte für das persönliche Gedenken an die Opfer der NS-Gewalt, häufig blieben die Gedenktafeln aber auch von der öffentlichen Wahrnehmung unberücksichtigt. Eine Ausnahme bildete hier die Stadt Oberhausen, die bereits 1962 mit der Gedenkhalle Schloss Oberhausen sehr früh einen eigenen Gedenkraum mit Ausstellung einrichtete. Das Streben nach gründlicher Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, das von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement getragen wurde, führte seit den frühen 1980er Jahren zur Einrichtung von Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen.

Ergänzend zu den herkömmlichen Vermittlungsformen wie Gedenkfeiern und Reden wurden künstlerische Auseinandersetzungen, wissenschaftliche Forschungen und Projekte etabliert. Die Verantwortlichen verstanden die Einrichtungen als »aktive Gedenkstätten«, die die historisch-politische Bildungsarbeit für Jugendliche und Erwachsene in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellten. Die Gedenkstätten wurden zu Lernorten. Zu den Gedenkstätten der ersten Stunde gehörten – neben der Gedenkhalle Schloss Oberhausen – das NS-Dokumentationszentrum zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus in Köln (1981), die Dokumentations- und Gedenkstätte »Wewelsburg 1933–1945. Kult- und Terrorstätte der SS« im Kreismuseum Wewelsburg (1982), das »Werkhaus für die Bonner Gedenkstätte« (1986), die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf (1987) sowie die Alte Synagoge Essen (1988).

Die öffentliche Diskussion um die Würdigung der NS-Opfer, die sich an dem Sinn und der Gestaltung von Mahnmalen festmachte, führte auch in den 1990er Jahren zu weiteren Gedenkstättengründungen. Die Orte und Räumlichkeiten, in denen die Einrichtungen und meist auch Dauerausstellungen untergebracht wurden, waren in der Regel für die lokale Geschichte während des Nationalsozialismus bedeutsam, aber auch sehr unterschiedlich. So ist mit der »Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945« die einzige KZ-Gedenkstätte auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens

(Büren, Kreis Paderborn) im ehemaligen SS-Wachgebäude der Wewelsburg, einem Verwaltungsgebäude, untergebracht. Auch die Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte befindet sich in einem früheren nationalsozialistischen Verwaltungsgebäude, dem Polizeipräsidium im Stadthaus Düsseldorf. Die Dokumentation in Gelsenkirchen nutzt die ehemaligen Räume der NSDAP-Ortsgruppenleitung Gelsenkirchen Buer-Erle. Die Villa ten Hompel in Münster war der Sitz des regionalen Befehlshabers der Ordnungspolizei. In anderen Städten wurden die unmittelbaren Orte, an denen Opfer verfolgt und misshandelt wurden, für die Gedenkstätten ausgesucht, z.B. in Köln das EL-DE-Haus, die ehemalige Gestapo-Zentrale mit Haftzellen im Keller, in Dortmund das ehemalige Gestapo-Gefängnis Steinwache, die ehemaligen Zellentrakte von Rathäusern in Lüdenscheid und Herford. Historische Räume oder Baracken ehemaliger Kriegsgefangenenlager konnten in Stukenbrock und Hemer genutzt werden.

Das jüdische Leben und der Völkermord an den Juden wird häufig in ehemaligen Synagogen (z.B. Alte Synagoge Wuppertal; Ehemalige Synagoge Drensteinfurt) oder Wohnhäusern jüdischer Bürger (wie die Villa Merländer in Krefeld) dokumentiert. Die Geschichte der Ausstellungsorte wird in allen Ausstellungen berücksichtigt und dokumentiert.¹

Durch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse vor Ort und die individuellen Aktivitäten der bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Initiativen bildete sich keine einheitliche Struktur für die Institutionalisierung der Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen. Manche Einrichtungen stehen in kommunaler Trägerschaft von Städten oder Kreisen, manche werden von Vereinen oder Stiftungen finanziert. Das Land NRW selbst richtete keine eigene Gedenkstätte ein.

Gründung des Arbeitskreises NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V.

Zu Beginn der 1990er Jahre verwiesen die Gedenkstätten in NRW auf die gesellschaftspolitische Rolle ihrer dezentralen Arbeit und suchten den Kontakt zur Landesregierung, um – analog zu den Beispielen anderer Bundesländer wie z.B. Niedersachsen – eine ideelle und finanzielle Unterstützung der Gedenkstättenarbeit anzustoßen. Im Sommer 1993 schlossen sich die Gedenkstättenmitarbeiter/innen zu einem Arbeitskreis zusammen. Zu den ersten Mitgliedern dieses Arbeitskreises gehörten die Vertreter/innen der Gedenkstätten in Dortmund, Düsseldorf, Köln, Krefeld, Oberhausen und Wewelsburg. Als Sprecherin des Arbeitskreises fasste Angela Genger, die damalige Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, in einem Brief an die Landtagspräsidentin die wichtigsten Aufgaben der jungen Gedenkstätten zusammen. Zentrale Aspekte der Gedenkstätten seien die lokale Ausprägung der nationalsozialistischen Herrschaft sowie die Themen Widerstand und Verfolgung. Jede Gedenkstätte habe darüber hinaus spezielle Themen und Vermittlungsangebote, je nach Kontext der Einrichtung. Die sozialen Kontakte zu den Opfern der NS-Verbrechen und ihren Angehörigen würden gepflegt, die Erinnerungen der Zeitzeugen aufgezeichnet und archiviert. Dringende Fragen betrafen die Vermittlung und Aneignung von Geschichte, ausgehend von der Gegenwart und den aktuellen politischen Problemlagen. Sie betonte die politische Aufklärungsarbeit der Gedenkstätten, diese seien zugleich Foren für die Diskussion über Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, über die Gefährdung der Demokratie durch Extremismus und Gleichgültigkeit. Die Gedenkstätten wollten den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und zwischen den Generationen fördern.²



Um sich als Gedenkstätten in der Öffentlichkeit stärker zu präsentieren, veröffentlichte der Arbeitskreis eine Broschüre, in der sich alle Gedenkstätten in NRW vorstellen konnten.³

1995 gründete sich der Verein »Arbeitskreis für NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen e.V.« in Düsseldorf. Angela Genger wurde Vorsitzende des Vereins, die Leiterin der Villa Merländer in Krefeld, Dr. Ingrid Schupetta, und Prof. Dr. Horst Matzerath vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln übernahmen den stellvertretenden Vorsitz. Schriftführerin wurde Dr. Ulrike Schrader von der »Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal«, Kassierer Dr. Klaus Rosendahl vom »Verein an der Synagoge e.V.« aus Bonn. Laut Vereinssatzung ist der Zweck des Vereins die Förderung der Arbeit der NS-Gedenkstätten, Begegnungs- und Dokumentationszentren in Nordrhein-Westfalen. Die Ziele sollen verwirklicht werden durch die Zusammenarbeit der Gedenkstätten in den Bereichen Forschung und Präsentation von Forschungsergebnissen, durch gemeinsame Projekte, durch die Förderung von Einzelprojekten exemplarischer Bedeutung für alle im Verein repräsentierten Gedenkstätten und Dokumentationszentren, durch die Förderung von Bildungs- und Fortbildungsveranstaltungen, Seminaren, Tagungen und Kongressen im Rahmen der politischen Bildungs- und Jugendarbeit.⁴

Nach anhaltenden Forderungen aus den Reihen der Gedenkstätten stellte das Land NRW 1996 schließlich zum ersten Mal einen Betrag für Gedenkstättenförderung in den Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung ein. Erste Projektanträge konnten gestellt werden, es fehlten jedoch genauere Förderbestimmungen. Der Dialog zwischen dem Arbeitskreis und den Mitgliedern des Landtags über die Aufstellung von einheitlichen Förderbedingungen, die Offenlegung der Vergabekriterien sowie die Erhöhung der Fördersumme für die steigende Zahl der Gedenkstätten wurde daher in den

Mitglieder des Arbeitskreises besichtigen am 10. Mai 2010 die »Open-Memory-Ausstellung« in Köln.
Alle Fotos: Fotosammlung AK NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V.

folgenden Jahren weitergeführt. Da das Land Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine zentrale Gedenkstätte unterhält, wurde die Notwendigkeit gesehen, dass es die Kommunen, Vereine und Stiftungen in deren politisch und erinnerungskulturellen landesweit bedeutenden Arbeit unterstützt.

In den folgenden Jahren etablierte sich der Verein als festes Netzwerk, das die Aktivitäten der unterschiedlichen Einrichtungen bündelt und Öffentlichkeit schafft für das Gedenken an die Opfer von Terror- und Gewaltherrschaft. Der Arbeitskreis brachte sich 1999 u.a. mit in die erinnerungspolitischen Diskussionen um ein Holocaust-Mahnmal in Berlin ein und bezog Stellung zur Gedenkstättenförderung des Bundes. Seit dem Jahr 2000 bietet der Arbeitskreis in einem gemeinsamen Internetauftritt Informationen zu der Vielzahl der Einrichtungen und ihren Aktivitäten.⁵ Regelmäßig werden mithilfe der Landeszuschüsse gemeinsame Publikations- und Ausstellungsprojekte geplant und durchgeführt: So entstanden u.a. eine Broschüre, in der die Gedenkstätten ihre pädagogischen Arbeiten vorstellten, Sammelbände über die Verfolgung von Sinti und Roma im Rheinland und in Westfalen, über Konzentrationslager und über die Reichspogromnacht in Rheinland und Westfalen sowie über die Verfolgung der Zeugen Jehovas als NS-Opfergruppe.⁶

Die Wanderausstellung des Arbeitskreises »Deportiert ins Ghetto. Die Deportationen der Juden aus dem Rheinland im Herbst 1941 ins Ghetto Litzmannstadt (Łódź)«, erarbeitet von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln in Kooperation mit dem Staatlichen Archiv Łódź, wurde mit einer zentralen Gedenkfeier im Düsseldorfer Landtag 2011 eröffnet. Seit 1998 veranstaltet der Arbeitskreis zusammen mit dem »Bildungswerk der Humanistischen Union« und dem »Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher« jährlich im Herbst die Werkstatt-Tagung »Geschichtsarbeit und historisch-politisches Lernen zum Nationalsozialismus« zu erinnerungsrelevanten Themen in der Region.

Durch den Eintritt weiterer Mitglieder in den Arbeitskreis stellte sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Vereinsnamens. Um sich auch Bildungseinrichtungen öffnen zu können, die aufgrund ihres historischen Standortes und ihrer damit verbundenen inhaltlichen Schwerpunktsetzung nicht das Gedenken an die Opfer der NS-Verbrechen, aber als Erinnerungs- und Lernort die Vermittlung und Aufklärung über NS-Zeit zu ihrer Hauptaufgabe gemacht haben, wurde im Jahr 2010 eine Namensänderung für sinnvoll erachtet, um auf die Entwicklung in der Gedenkstättenlandschaft zu reagieren. Der Arbeitskreis nennt sich seitdem »Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V.«

Heute ist der Arbeitskreis ein eingetragener Verein, in dem sich 24 NS-Gedenkstätten, Dokumentations- und Begegnungszentren, Lern- und Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen haben. In den Einrichtungen werden die Aufgaben sowohl von hauptamtlichen, neben- oder ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen übernommen.

Dem Arbeitskreis gehören folgende Gedenkstätten und Erinnerungsorte an (Stand Mai 2012): Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus – An der Synagoge e.V., Bonn; Jüdisches Museum Westfalen, Dorsten; Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Dortmund; Ehemalige Synagoge Drensteinfurt; Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf; Alte Synagoge, Essen; Dokumentationsstätte »Gelsenkirchen im Nationalsozialismus«; Gedenkstätte Stalag VI A, Hemer; Zellentrakt im Rathaus Gedenk-, Doku-



Mitgliederversammlung des Arbeitskreises am 20. September 2010 in Düsseldorf

mentations- und Begegnungsstätte, Herford; NS-Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus der Stadt Köln; Lern- und Gedenkort Jawne, Köln; NS-Dokumentationsstelle Villa Merländer, Krefeld; Dokumentations- und Begegnungsstätte Frenkel-Haus, Lemgo; Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus, Lüdenscheid; Villa ten Hompel, Münster; Gedenkhalle Schloss Oberhausen; Alte Synagoge, Petershagen; Gedenkstätte »Landjuden an der Sieg«, Rosbach; Alte Synagoge, Selm-Bork; Aktives Museum Südwestfalen, Siegen; Französische Kapelle des Oflag VI A in der Colonel BEM Adam Kaserne, Soest; Dokumentationsstätte Stalag 326, Stukenbrock-Senne; Kreismuseum Wewelsburg, Büren-Wewelsburg; Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal. Mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Nordrhein-Westfalen und dem Projekt »Wege gegen das Vergessen« der Volkshochschule Aachen wurden zwei feste Kooperationspartner des Arbeitskreises in der landesweiten Erinnerungslandschaft gewonnen. Seit 2003 hat Prof. Dr. Alfons Kenkmann, aktueller ständiger Berater der Villa ten Hompel, Münster, den Vorsitz des Arbeitskreises inne. In der April-Sitzung 2012 wurden er und seine Stellvertreter, Dr. Ulrike Schrader, Wuppertal, und Dr. Werner Jung, Köln, im Amt bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurden als Schriftführerin Kirsten John-Stucke, Wewelsburg, als Kassierer Clemens Heinrichs, Oberhausen und als Beisitzer Dr. Stefan Mühlhofer, Dortmund, Dr. Claudia M. Arndt, Rhein-Sieg-Kreis sowie Hildegard Jakobs, Düsseldorf.

Im Jahr 2008 beauftragte die damalige Landesregierung Prof. Dr. Harald Welzer vom Kulturwissenschaftlichen Institut NRW/Center for Interdisciplinary Memory Research mit der Erstellung eines Gutachtens über die Entwicklung der Erinnerungskultur in Nordrhein-Westfalen.⁷ Die Standpunkte und Thesen, die Harald Welzer nach der Erstellung des Gutachtens – nicht nur für die Erinnerungskultur in NRW – weiter entwickelte und veröffentlichte, entfachten in den vergangenen zwei Jahren eine öffentliche Diskussion um die Situation und Zukunft der Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland.⁸

Der Arbeitskreis NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW hielt es für notwendig, auch selbst ein Resümee über seine Rolle in der erinnerungskulturellen Arbeit in NRW zu ziehen. Trotz der unbefriedigenden und zum Teil mangelhaften Situation mancher Einrichtungen bezüglich der finanziellen und personellen Ausstattung leisten die Gedenkstätten in NRW hervorragende wissenschaftliche und pädagogische Arbeit. Sie haben sich in den vergangenen 20 Jahren zu modernen Lernorten weiterentwickelt, die die durch die Einwanderungsgesellschaft veränderten Besucher- und Lerngruppen wahrnehmen und in ihrer Arbeit berücksichtigen. Viele der Gedenkstätten haben in den vergangenen Jahren ihre Ausstellungen neu konzipiert und überarbeitet (Kreismuseum Wewelsburg, Gedenkhalle Schloss Oberhausen, Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal, Alte Synagoge Essen; in Arbeit sind die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Dortmund). Dabei wurden moderne konzeptionelle Ideen wie der sinnvolle Einsatz neuer Medien (gerade im Bereich der Zeitzeugen-Erinnerungen), ebenso aufgegriffen wie Änderungen im Besucherverhalten und neue wissenschaftliche Diskurse (z.B. zum Täterbegriff).

Geplante Neugründungen von Erinnerungsorten (z.B. Vogelsang, Eifel) werden von einzelnen Arbeitskreis-Mitgliedern beratend begleitet. Eine Spezialisierung der Lernorte und der Ausstellungen ist dabei im Gange – die lokalen Eigenheiten der auf Vielfalt setzenden Erinnerungskultur in NRW zeigen gerade hier ihre Stärke. Die Bildungsarbeit in den NRW-Gedenkstätten und -Erinnerungsorten hat die Konfrontationspädagogik der Gründerjahre überwunden und setzt stattdessen auf Aufklärung und Auseinandersetzung, auf Projektarbeiten, selbstentdeckende Lernmethoden und Medieneinsatz statt Top-Down-Wissensvermittlung. Die historisch-politische Bildungsarbeit in den Gedenkstätten verharrt nicht in der Vermittlung der NS-Geschichte, sondern kontextualisiert die Vor- und Nachgeschichte bis in die gegenwärtige Gesellschaft. Heutige Fragen nach Akzeptanz der Menschenrechte, Diskriminierung von Minderheiten, Prävention gegen Rechtsextremismus und Demokratieförderung stehen im Fokus der Bildungsarbeit.⁹ Der Arbeitskreis versteht sich als Netzwerk, der die einzelnen Gedenkstätten in NRW in der Öffentlichkeit und der bundesweiten und europäischen Erinnerungslandschaft mit hoher Präsenz vertreten will. Er begrüßt den seit einigen Jahren erfolgreich verlaufenden und auf Kooperation zielenden Dialog mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Die Gespräche zeigen, dass die Landeszentrale ihre eigene Rolle in der Erinnerungs- und Gedenkkultur in Nordrhein-Westfalen stärker wahrnimmt und die hohe Bedeutung der dezentralen Gedenkstättenarbeit anerkennt und fördern will. Dabei bleibt die Verbesserung der finanziellen Unterstützung durch das Land NRW auch weiterhin eine dringende Forderung des Arbeitskreises. Denn nach wie vor ist die Existenz einzelner Gedenkstätten durch finanzielle und politische Probleme gefährdet.

Kirsten John-Stucke ist Leiterin des Kreismuseums Wewelsburg und Mitglied im Vorstand des »Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte in NRW e.V.«.

1 Angela Genger: Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen, in: Den Opfern gewidmet. Auf Zukunft gerichtet. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, 4. überarb. Aufl. Düsseldorf 1998, S. 34–41.

2 Schreiben von Angela Genger an die Präsidentin des Landtags NRW Frau Ingeborg Friebe vom 8. Juli 1993 (Kopie im Kreismuseum Wewelsburg).

- 3 Den Opfern gewidmet auf Zukunft gerichtet. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1995, mittlerweile in der 4. Auflage erschienen. Momentan arbeitet der Arbeitskreis an einer neuen Broschüre.
- 4 Satzung des Vereins »Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten NRW e.V.« von 1995. Mitglied im Verein kann jeder werden, der an einer Mahn- und Gedenkstätte, einem Lern- und Begegnungsort oder Dokumentationszentrum in NRW arbeitet, soweit sich diese Einrichtung der Erforschung und Vermittlung des Nationalsozialismus widmet.
- 5 Siehe www.ns-gedenkstaetten.de/nrw.
- 6 Forschen – Lernen – Gedenken. Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in NRW, (hg. v.) AK NS-Gedenkstätten in NRW e.V., Düsseldorf 1998; Abgemeldet ... 60. Jahrestag des Befehls zur Deportation der Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau vom 16.12.1942, (hg. v.) AK NS-Gedenkstätten in NRW e.V., 2002; Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945. Zentrale Steuerung und regionale Initiative (hg. v.) Jan Erik Schulte für den AK der NS-Gedenkstätten in NRW e.V., Paderborn 2005; 12 Jahre – 12 Schicksale. Fallbeispiele zur NS-Opfergruppe Jehovas Zeugen in NRW, 2006, (hg. v.) Kirsten John-Stucke für den AK NS-Gedenkstätten in NRW e.V., Münster 2006; Gewalt in der Region. Der Novemberpogrom 1938 in Rheinland und Westfalen, (hg. v.) Bastian Fleermann, Ulrike Schrader für den AK NS-Gedenkstätten in NRW, 2008; Karola Fings, Hildegard Jakobs: »Deportiert ins Ghetto. Die Deportationen der Juden aus Düsseldorf und dem Rheinland ins Ghetto Litzmannstadt (Łódź), Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung des AK NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V., 2012; Zigeunerverfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933-1945: Geschichte, Aufarbeitung und Erinnerung, (hg. v.) Karola Fings, Ulrich F. Opfermann für den AK NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V., Paderborn 2012.
- 7 Das Gutachten wurde 2009 von Christian Gudehus, David Keller, Harald Welzer erstellt und um zwei Konzeptpapiere von Harald Welzer und Christian Gudehus ergänzt und der Staatskanzlei übergeben.
- 8 Harald Welzer: Für eine Modernisierung der Erinnerungs- und Gedenkkultur, GedenkstättenRundbrief 162 (8/2011) S. 3-9. Siehe auch Harald Welzer: Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis, in: APuZ 25-26/2010, 21. Juni 2010, S. 16-23; als Reaktionen darauf s. Habbo Knoch: Mehr Wissen und mehr Recht: Koordinaten einer zukünftigen Erinnerungskultur. Eine Replik auf Harald Welzer, Gedenkstätten-Rundbrief 163 (10/2011) S. 3-11 sowie Ulrike Schrader, Norbert Reichling (für den Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen e.V.): Modernisierung oder »Neuformatierung«? Was Gedenkstätten für ihre reflexive Weiterentwicklung (nicht) brauchen, Gedenkstätten-Rundbrief 164 (12/2011) S. 3-8.
- 9 Vgl. www.ns-gedenkstaetten.de/nrw; Schrader/Reichling: Modernisierung, GedenkstättenRundbrief 164 (12/2011) S. 3-8; s. auch Alfons Kenkmann: Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen: Historische Entwicklungen, Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte (Vortrag auf der Tagung »Europäische Perspektiven der Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit – eine deutsch-polnische Fachtagung, Gelsenkirchen, 2./3. Juni 2011), in: Europäische Perspektiven der Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit – ein deutsch-polnischer Austausch (hg. v.) Paul Ciupke, Guido Hitze, Alfons Kenkmann, Astrid Wolters, Wieslaw Wysok, Essen 2012 (erscheint demnächst).

Gedenkstättenlandschaft in Bewegung

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT GEDENKSTÄTTEN
UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN GEGRÜNDET

Harald Schmid

Am 21. April 2012 hat sich in Kiel die »Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein« (LAGSH) gegründet. Mit diesem Zusammenschluss wollen die Gedenkstättenträger und Erinnerungsinitiativen ihre gemeinsamen Interessen künftig mit einer Stimme vertreten. Die dringend notwendige Absicherung, Weiterentwicklung und Professionalisierung der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenlandschaft soll damit unterstützt werden. Mit der Gründung der LAGSH ist ein weiterer Schritt getan, um Anschluss an die Entwicklung in anderen Bundesländern zu finden.

Schleswig-Holstein war in der Aufstiegsphase des Nationalsozialismus eine der Hochburgen der »Bewegung«. Während der zwölfjährigen NS-Herrschaft war das Land, waren schleswig-holsteinische Täter vielfach in die Regimeverbrechen involviert: Zahlreiche SS-Führer wie Reinhard Heydrich und Oswald Pohl weisen enge biographische Bezüge zu Schleswig-Holstein auf und die Verbrechen im »Reichskommissariat Ostland« sind fest mit dem schleswig-holsteinischen Gauleiter und Oberpräsidenten Hinrich Lohse und seinen Mitarbeitern verbunden; auch Werner Heyde (alias Fritz Sawade), der Leiter des »Euthanasie« genannten Krankenmordes, wäre hier zu nennen. Am Kriegsende wurde das Land zur Zuflucht nicht nur der letzten, in Flensburg-Mürwik residierenden Reichsregierung, sondern auch vieler anderer Täter und belasteter Funktionäre, was Schleswig-Holstein eine bis in die 1960er Jahre reichende Skandalwelle bescherte. Diese damit nur angedeutete Vorgeschichte hatte viele Jahrzehnte lang nur ein schmales erinnerungskulturelles Abbild, nachdem 1950 in Ladelund und 1961/62 in Gudendorf Gedenkorte eingerichtet worden waren.

Die heute bestehenden Gedenkstätten zur Erinnerung an die nationalsozialistische Herrschaft in Schleswig-Holstein befanden sich stets gleichsam im Schatten der großen, auch international bekannten Einrichtungen. Sie gehen zurück auf frühe Konzentrationslager oder in der Etappe des »Endkampf«-Terrors eingerichtete Lager, partiell als »Außenkommando« des KZ Neuengamme. Als kleine, größtenteils dezentral gelegene und meist durch bürgerschaftliches Engagement initiierte Einrichtungen sind sie heute etablierte regionale Gedenkorte. Ohne das beharrliche Wirken einiger Dutzend engagierter Frauen und Männer, diverser Initiativen und Vereine insbesondere seit den 1980er und 1990er Jahren könnte heute von einer Gedenkstättenlandschaft in dieser Region kaum die Rede sein. Jenseits der Landesgrenzen sind die historischen Orte und die heute aufgebauten Einrichtungen freilich oft kaum bekannt, obgleich sie infolge der breiten nationalen Herkunft der Häftlinge auch europäische Erinnerungsorte bezeichnen.

Nach Jahrzehnten weitgehender Ignoranz und Vernachlässigung ist inzwischen Bewegung in die Gedenkstättenlandschaft im nördlichsten Bundesland gekommen. Lange ignorierte Entwicklungsprobleme wie die strukturelle Unterfinanzierung und der manifeste Rückstand zu Einrichtungen in anderen Bundesländern sind als drin-



Mitglieder des
Sprecherrats der LAG
Schleswig-Holstein
(v.l.n.r.): Harald Schmid,
Karin Penno-Burmeister,
Jens Rönnau,
Uta Körby, Christian
Walda, Wilhelm Lange,
Stephan Linck,
Eckard Colmorgen.
Foto: Henning Repetzky

gender Handlungsbedarf erkannt. Überdies gelangt das im Wortsinne grundlegende ehrenamtliche Engagement angesichts der immer komplexer werdenden Aufgaben auf dem Gebiet der Erinnerungskultur auch in Schleswig-Holstein zunehmend an seine Grenzen.

Um den spezifischen Landesbedingungen und den allgemeinen Entwicklungen zu genügen, muss deshalb die schleswig-holsteinische Gedenkstättenlandschaft und -politik neu strukturiert werden. Binnen etwa eines Jahrzehnts sind bereits wichtige Schritte hierzu eingeleitet worden. So etwa im Jahre 2002 mit der Gründung einer zentralen Fördereinrichtung, der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (siehe *GedenkstättenRundbrief* 109). Inzwischen hat sich auch eine jährliche Landesgedenkstättentagung etabliert; die bereits siebte ihrer Art fand im Februar 2012 statt. Auch die Herausbildung eines öffentlichen Problembewusstseins und eines parteiübergreifenden politischen Konsenses zur dringend nötigen Weiterentwicklung der Gedenkstätten sind hier zu nennen. 2011 wurde das Thema erstmals Gegenstand eines Berichts der Landesregierung und einer parlamentarischen Debatte. Dass das Land im laufenden Jahr zudem den Versuch unternimmt, Bundesmittel für die Gedenkstättenförderung zu erhalten, schließt den Kreis einer Gedenkstättenlandschaft in Bewegung.

Einen wichtigen Impuls stellt in diesem Zusammenhang die Gründung der LAGSH dar. Die Landesarbeitsgemeinschaft konstituierte sich im Rahmen einer Veranstaltung in der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein. Zu den Gründungsmitgliedern zählen folgende Einrichtungen: Gedenkstätte Ahrensböök, KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Gedenkstätte Gudendorf, Kultur- und Gedenkstätte Ehemalige Synagoge Friedrichstadt, Jüdisches Museum Rendsburg, Museum Cap Arcona Neustadt/Holstein und Flandernbunker Kiel/Mahnmal Kilian e.V. Über den Kreis der Gründungsmitglieder hinaus können weitere Einrichtungen und Initiativen der LAGSH beitreten; eine Unterstützung per Fördermitgliedschaft steht Privatpersonen und Organisationen offen. In den Sprecherrat wurden gewählt:

Uta Körby (1. Vorsitzende, Vorsitzende des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen), Karin Penno-Burmeister (Leiterin der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund), Jens Rönnau (Vorsitzender des Vereins Mahnmal Kilian/Flandernbunker Kiel) und Wilhelm Lange (Leiter des Museums Cap Arcona, Neustadt in Holstein); als beratende Beisitzer Eckhard Colmorgen (Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein – AKENS), Dr. Stephan Linck (Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, Gedenkstättenbeauftragter der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche) und Dr. Harald Schmid (Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten).

Die Landesarbeitsgemeinschaft wird künftig die Interessen der von ehrenamtlich tätigen Vereinen, von Kommunen oder örtlichen Initiativen betreuten Einrichtungen vertreten, die sich an verschiedenen historischen Orten in Schleswig-Holstein nachhaltig für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einsetzen. Als einer der ersten Schritte soll der Aufbau einer Website der Landesarbeitsgemeinschaft realisiert werden.

Die Gedenk- und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein arbeiten seit mehr als zehn Jahren zusammen und werden von verschiedenen Kooperationspartnern unterstützt. Unmittelbar im Anschluss an die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft erörterte der neu gewählte Sprecherrat mit diesen Partnern Perspektiven künftiger Zusammenarbeit in einer von etwa drei Dutzend Teilnehmern besuchten Informations- und Diskussionsveranstaltung.

Dr. Harald Schmid ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Der International Tracing Service während der Besatzungszeit

Bernd Joachim Zimmer

Eine wertende und zudem kurze Darstellung ist bei einem Thema, das die Schaffung einer internationalen Suchorganisation im ersten Nachkriegsjahrzehnt für eine bis dahin nie da gewesene Zahl von Zivilisten behandelt, nur begrenzt möglich. Von den Verantwortlichen wurde Neuland betreten. Vergleiche fehlten ihnen. Leicht können Ratlosigkeit als Unwille interpretiert und Abneigung mit Unsicherheit verwechselt werden. Was im Nachhinein unverständlich, schwer nachvollziehbar oder chaotisch erscheint, hatte teilweise pragmatische Ursachen. Dennoch: Trotz der Unmöglichkeit der Objektivität soll versucht werden, die wichtigsten Aspekte zu beleuchten, um annähernd zu verstehen, welche Fehler begangen wurden und welche Mühe aufgewendet wurde, die Hürden und Hindernisse – auch die hausgemachten – zu überwinden, sodass schließlich eine Institution zum Laufen gebracht wurde, die seit über 60 Jahren einer bedeutenden humanitären Aufgabe nachgeht.

Vermisstensuche im »heißen Sommer« 1945

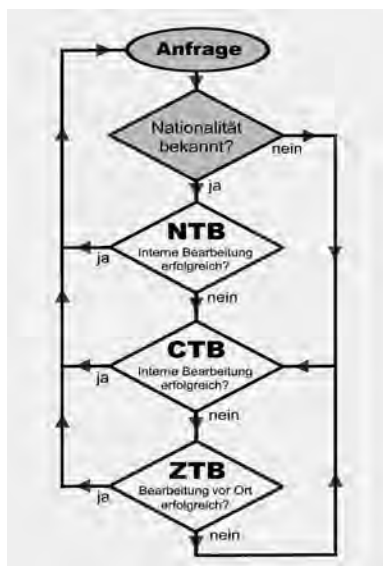
Nach der Kriegswende 1943 schätzten die Westalliierten die Anzahl der in den NS-Machtbereich verschleppten UN-Bürger recht zutreffend auf über zehn Millionen. Mit dem Vorsatz, diese Displaced Persons (DP) zu registrieren, zu verpflegen, medizinisch zu versorgen und zu repatriieren und damit das »Displacement« rückgängig zu machen, bürdeten sie sich eine Aufgabe auf, deren Ausmaß sie quantitativ nicht genau einschätzen konnten, da sich z.B. die Zahl der Personen, die gewaltsam von ihren Familienangehörigen getrennt worden waren, nur sehr grob angeben ließ. Zusätzlich zeichnete sich Ende 1945 eine Entwicklung ab, mit der kaum gerechnet worden war: Etwa eine Million Verschleppter wollte nicht in ihre Heimat zurückkehren. Unter diesen Konditionen ergaben sich Falscheinschätzungen, von denen die erbrachten materiellen und logistischen Leistungen nicht verdeckt werden dürfen. Dies gilt primär für die Zusammenführung und Versorgung der DPs in Sammellagern und die bis zum Spätherbst 1945 folgende Repatriierung von knapp fünf Millionen Menschen in ihre Heimat.

Für die Suche verschollener Zivilisten zeichnete sich anfangs eine positive Entwicklung ab. Das Oberkommando der Westalliierten erklärte im *Administrative Memorandum No. 39* »Tracing« als wichtige militärische Pflicht, die jeder Verantwortliche zu erfüllen hatte.¹ Vor allem jedoch entwickelten Vertreter des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* (IKRK), der *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* (UNRRA) und des britischen Roten Kreuzes Lösungsmöglichkeiten und fanden trotz gegensätzlicher Ausgangspositionen einen Kompromiss, den auch das Militär wohlwollend bewertete. Im Mittelpunkt des Entwurfs stand ein zentrales Suchbüro für Europa beim IKRK in Genf.² Der Aufbau dieser Verwaltungseinheit wurde als eine dermaßen wichtige humanitäre Aufgabe eingeschätzt, dass ernsthafte Behinderungen oder gar eine Ablehnung für undenkbar gehalten und daher nicht in das Kalkül einbezogen wurden. Das erwies sich als fataler Fehler.

Unmittelbar nach Kriegsende ging mancher der Vorschläge verloren oder blieb in der Umsetzung rudimentär. Stattdessen traf man Maßnahmen spontan nach eigenem Ermessen. Dabei gerieten als nicht lebensnotwendig eingestufte Komplexe in den Hintergrund, da man davon ausging, dass den DP in erster Linie materiell geholfen werden musste. Die Verantwortlichen erkannten nicht in vollem Umfang, dass fehlende Informationen über das Schicksal von Familienangehörigen mitunter ebenso belastend sein können wie Hunger. Es bestand eine Situation, die gefühlsmäßig dem Eindruck Dunants nach der Schlacht von Solferino ähnelte³. Von daher ist es unverständlich, dass nach Ende der Kriegshandlungen eine Kooperation mit dem IKRK ausblieb und die während der Planung fixierten Vorschläge sogar verworfen wurden.

Das IKRK ging von der mit der UNRRA abgesprochenen Suchstrategie aus und bereitete eine Registrierkarte für alle befreiten DP vor. Doch als Vertreter aus Genf mit 500 000 Karten in Frankfurt eintrafen, um sie in nahegelegenen DP-Zentren zu erproben, wurde ihnen dies von den zuständigen Militärstellen untersagt. In Genf glaubte man an ein Missverständnis. Aber auf schriftliche Nachfrage stellte das Oberkommando in militärischem Ton klar, dass die Militärverwaltungen die Regie übernehmen, zur Registrierung eine eigens entwickelte DP-Card verwenden und das IKRK allen zivilen Hilfsorganisationen gleichgestellt würde. Resigniert zog sich das IKRK Anfang 1946 aus der Suche vermisster Zivilisten zurück.⁴ Damit fehlten die Organisationsstruktur und eine Programmatik für ein Suchbüro. In der Zeit kleiner Anfragezahlen – etwa zehn in der Woche – erwies sich dies als unproblematisch, da eine kleine Einheit des Oberkommandos die Aufgabe erfüllen konnte. Hingegen wurde die Lage nach Abklingen der Massenrepatriierung mit steigender Anfragezahl kritisch.

Eisenhower hatte am Ende seiner Zeit als Oberbefehlshaber die Problematik erkannt, sie aber zu optimistisch als eine schnell vorübergehende Episode eingestuft. Für eine kurze Übergangsphase nach Auflösung des Oberkommandos der Westmächte ordnete er die Einrichtung einer gemeinsamen Verwaltung für DP in den Westzonen an, sodass die Entscheidungsgewalt in den Händen des Militärs blieb. Ein von einer internationalen Administration oder eingeschränkt von allen betroffenen UN-Staaten oder letztlich nur von den *Großen Vier* getragenes Suchbüro stand für ihn nicht zur Diskussion.



Der Anfrageweg im Kontrollratskonzept sollte bewirken, dass sich nach jeder Instanz die Anzahl der zu bearbeitenden Anfragen verringerte.
Grafik: B. J. Zimmer

Central Tracing Bureau unter Aufsicht des Kontrollrats

Die Gelegenheit für die Vier-Mächte-Variante bot sich unerwartet im Spätsommer 1945 auf Drängen der UdSSR, als diese die Suche vermisster DP als eine Deutschland als Ganzes betreffende Angelegenheit einstufte, die somit dem Kontrollrat und dort dem *Directorate of Prisoners of War and Displaced Persons* unterstand. In ungewohnter Schnelligkeit schloss eine vom Kontrollrat eingesetzte Arbeitsgruppe ihre Verhandlungen ab, die sich hauptsächlich auf die Verwaltungsstruktur eines *Central Tracing Service* konzentrierten: Neben den in jeder Zone getrennt und eigenverantwortlich arbeitenden *Zonal Search Bureaux* wurde ein *Central Tracing Bureau* (CTB) dem *Central Tracing Policy Board* (CTPB) und damit dem *Alliierten Kontrollrat* unterstellt. Die operative Umsetzung des CTB übernahm am 1. Oktober 1945 die Deutschlandabteilung der

A.E.F. D.P. REGISTRATION RECORD																																																																																								
(1) REGISTRATION No					For ending purposes																																																																																			
Original <input type="checkbox"/>					Duplicate <input type="checkbox"/>																																																																																			
M. <input type="checkbox"/> Single <input type="checkbox"/> Married <input type="checkbox"/>																																																																																								
F. <input type="checkbox"/> Widowed <input type="checkbox"/> Divorced <input type="checkbox"/>																																																																																								
(2) Family Name			Other Given Names		(3) Sex		(4) Marital Status		(5) Claimed Nationality																																																																															
(6) Birthdate		Birthplace		Province		Country		(7) Religion (Optional)		(8) Number of Accompanying Family Members:																																																																														
(9) Number of Dependents:			(10) Full Name of Father				(11) Full Maiden Name of Mother																																																																																	
(12) DESIRED DESTINATION						(13) LAST PERMANENT RESIDENCE OR RESIDENCE JANUARY 1, 1938.																																																																																		
City or Village			Province		Country		City or Village			Province																																																																														
(14) Usual Trade, Occupation or Profession				(15) Performed in What Kind of Establishment				(16) Other Trades or Occupations																																																																																
a. b. c.				(18) Do You Claim to be a Prisoner of War				(19) Amount and Kind of Currency in your Possession																																																																																
(17) Languages Spoken in Order of Fluency				Yes No																																																																																				
(20) Signature of Registrant:				(21) Signature of Registrar:				Date:		Assembly Center No.																																																																														
(22) Destination or Reception Center:																																																																																								
<table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="12">Name or Number</th> <th colspan="12">City or Village</th> <th colspan="12">Province</th> <th colspan="12">Country</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>(23) Code for Issue</td> <td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td><td>13</td><td>14</td><td>15</td><td>16</td><td>17</td><td>18</td><td>19</td><td>20</td><td>21</td><td>22</td><td>23</td><td>24</td><td>25</td><td>26</td><td>27</td><td>28</td> </tr> </tbody> </table>												Name or Number												City or Village												Province												Country												(23) Code for Issue	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
Name or Number												City or Village												Province												Country																																																				
(23) Code for Issue	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28																																																												
(24) REMARKS																																																																																								

Vorderseite der DP2-Registrierkarte. Abb.: ITS, Alliierte 13, S. 44

UNRRA. In diesen Dienst integriert waren auch die *National Tracing Bureaux*, die jeder Staat in Eigenverantwortung betreiben konnte und die primären Ansprechpartner für die Sucher bildeten.⁵

Rückblickend erwies sich die Dreigliedrigkeit als nachteilig: Die nationalen Büros konzentrierten ihre Aktivitäten vorwiegend auf Belange ihrer Staatsbürger, die Zonensuchbüros schotteten sich gegeneinander ab und das zentrale Büro wurde auf eine Verteilerstelle mit vagen Funktionen reduziert. Suchteams zur dringend erforderlichen Recherche vor Ort waren den Zonensuchbüros vorbehalten und dem CTB ausdrücklich untersagt.

Für den Fall des guten Willens aller Beteiligten war damit ein tragfähiger Aufbau geschaffen. Im anderen Fall konnte es zu Schwierigkeiten kommen. Dies zeigte sich u. a. bei der Weigerung der UdSSR, Suchteams der Westalliierten in der sowjetischen Zone operieren zu lassen, während sie selbst für ihre Trupps im Westen ein solches Recht einforderte. Besonders nachteilig war, dass das Zentrale Suchbüro der UNRRA und gleichzeitig dem Kontrollrat der Besatzungsmächte unterstand. Zwischen den in einigen Bereichen nicht in Einklang zu bringenden Ansichten und Zielen wurde das CTB aufgerieben.

Politisch und administrativ nicht der schlechteste Schachzug war, das zunächst in Höchst stationierte *Central Tracing Bureau* räumlich von den Militärverwaltungen zu trennen und mit der Verlegung ins Zentrum der Besatzungszonen äußerlich deren Gleichwertigkeit zu symbolisieren. Ob Arolsen im nördlichen Teil der US-Zone und nur wenige Kilometer von der britischen Zone entfernt dabei die optimale Lösung war, wurde in der Folge immer wieder angezweifelt. Die sofortige Zustimmung des *Alliierten Kontrollrats* verdeutlichte allerdings die Ahnungslosigkeit über die Menge der anfallenden Arbeit des *Central Tracing Bureau* und des benötigten Büroraums. Trafen im ersten Monat des Bestehens des UNRRA-CTB 2067 Anfragen ein, so stieg die Monatsrate 1946 auf etwa 20 000.

Die nachhaltigsten Probleme waren die Unerfahrenheit in der Führung eines Suchbüros, das Fehlen eines Langzeitkonzepts, die Bindung an eine non-permanente Organisation und die knappen Finanzmittel. Im ersten Nachkriegsjahr war das Suchbüro mehr mit administrativen Aufgaben beschäftigt als mit der Suche Vermisster. Die Situation spitzte sich dermaßen zu, dass der Direktor J. R. Bowring aus Protest Ende 1946 von seinem Posten zurücktrat. Krisenhaft wurde es, als die UNRRA ankündigte, Ende 1946 ihre Tätigkeit in Deutschland einzustellen. Die Konsequenz war augenfällig: Wenn nicht schnell gehandelt und ein neuer Mandatsträger gefunden wurde, drohte das Ende des CTB lange vor Abschluss seiner Arbeit.

Vom Central Tracing Bureau zum International Tracing Service

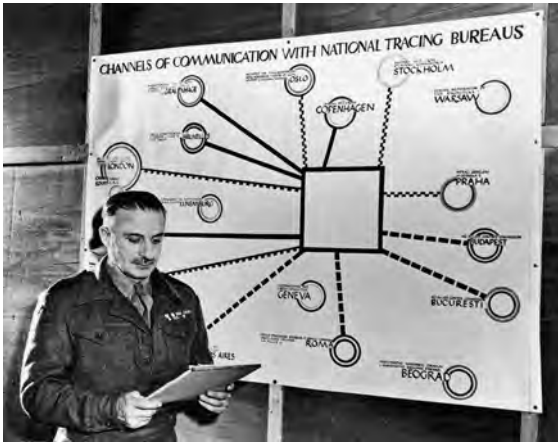
Trotz der Gefahr eines vollständigen Scheiterns wollte man die Suche vermisster UN-Zivilisten weiterhin nicht dem IKRK anvertrauen. Eine ebenfalls andiskutierte Variante, nämlich das Büro in eine eigenständige Organisation zu überführen, erschien den Westmächten zu risikoreich, da die Dokumente dann in falsche Hände fallen konnten und die Kostenübernahme nicht gesichert war. Stattdessen bevorzugte man – unabhängig von der negativen Entwicklung in der UNRRA-Zeit – eine internationale Einrichtung, die in Gestalt der *International Refugee Organization* (IRO⁶) im Entstehen begriffen, aber frühestens im Juli 1947 handlungsfähig war. Um die sechsmonatige Lücke zu überbrücken, erklärte sich die UNRRA zur Verlängerung ihrer Tätigkeit bereit.

Die Entscheidung der Westmächte für die IRO als Mandatsträger des Suchbüros verschärfte die Trennung der beiden Blöcke bei der Zivilistensuche nachdrücklich, denn die UdSSR trat der Flüchtlingsorganisation nicht nur nicht bei, sondern sprach ihr die Existenzberechtigung rigoros ab. Als erste Maßnahme zogen die Verbindungsmissionen Polens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei ihre Delegationen aus Arolsen ab und der Dokumentenaustausch endete fast vollständig. Die Unterlagen der östlich der Demarkationslinie gelegenen ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager blieben – nachdem man in Arolsen optimistisch auf Kopien gehofft hatte – dem Suchbüro vorenthalten.

Ab Februar 1947 verschlimmerte sich die Situation noch. Man gab die Grundideen des *Central Tracing Bureau* faktisch auf, entließ von den 400 Mitarbeitern 360 und stellte das Gesamtkonzept auf den Kopf: Das zentrale Suchbüro wurde in ein dezentrales umgewandelt. Alle noch offenen Suchfälle gingen kommentarlos an die betreffenden *Nationalen Suchbüros*, die auf die neue Aufgabe materiell, personell und konzeptionell nicht in Ansätzen vorbereitet waren. Die Folge war, dass viele Unterlagen und Briefe nicht bearbeitet, sondern an nicht registrierten Orten abgelegt wurden. Auch wenn diese unverantwortliche Kehrtwende Ende 1947 rückgängig gemacht wurde, lähmte die Rückgabe der Unterlagen nach Arolsen fast zwei Jahre lang die Lösung von Suchfällen, da die Materialien erneut sortiert und eingeordnet werden mussten.

Am 1. Juli 1947 übernahm die IRO die Leitung des Suchbüros und beließ zunächst vieles unverändert. Aber dann ging man professioneller an die Umsetzung. Da die IRO selbst keinerlei Erfahrungen in der Führung eines Suchdienstes besaß und die Fortsetzung des *Central Tracing Bureau* von vielen Staaten abgelehnt wurde, bat man jetzt das IKRK um Unterstützung. Dieses sagte sofort zu und schickte Maurice Thudichum vom Suchdienst für Militärangehörige zu Erkundung nach Arolsen. Innerhalb kurzer Zeit formulierte er den Entwurf für einen *International Tracing Service (ITS)*, dem die

Die Luftaufnahme von 1950 zeigt am Haupteingang der ehemaligen Kaserne das Executive Office (r. u.). Im Block D (l. u.) befand sich die sogenannte KZ-Abteilung, in der alle Dokumente über NS-Verbrechen gesammelt und ausgewertet wurden.
Foto: National Archives III-SC-357706



Der Direktor des CTB erläutert die Kommunikationswege mit den Nationalen Suchbüros.
Foto: UNA, S-1058-001-82

Haupteingang zum ITS in der Zeit von 1949 bis 1952. Foto: J. B. Zimmer



Delegierten des IRO-Zentralrats mit kleinen Änderungen ohne große Begeisterung zustimmten.⁷

Dabei bedeutete der Übergang vom CTB zum ITS am 1. Januar 1948 nicht, wie später oft fälschlich geäußert, eine bloße Namens-, sondern eine erhebliche Systemänderung. Die nationalen Suchbüros blieben in der Zuständigkeit autonomer Staaten unangestastet, während die Zonensuchbüros ihre Existenzberechtigung verloren und mit zeitlicher Verzögerung aufgelöst und in das Hauptquartier Arolsen integriert wurden. Die Betonung lag nicht mehr auf »zentral«, sondern es entstand ein »internationaler« Dienst, dessen Aufgabe die »Suche« war.

Mit der Ernennung Thudichums zum ITS-Direktor wurde das IKRK durch eine Hintertür in den Suchdienst für Zivilpersonen einbezogen und damit auch seine Erfahrungen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Hierzu zählte die Erkenntnis, dass nicht jeder Anfrager dem Gesuchten positiv gesonnen war und nicht zwangsläufig ehrenhafte Motive besaß. Für Angehörige von DPs aus den Ostblockstaaten galt diese Sorge besonders, denn nach Deutschland verschleppte Zivilisten galten noch viele Jahre als »Vaterlandsverräter«. Die Weitergabe des Aufenthaltsortes eines Verschollenen durfte daher nur mit dessen Zustimmung erfolgen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war ein solcher »Datenschutz«, der später in seiner erstarrten Form zu herben Vorwürfen führte, berechtigt und wurde nicht in Zweifel gezogen.

Es war der Beharrlichkeit Thudichums zu verdanken, dass aus dem kleinen Suchbüro eine weltweit bekannte Institution – »der Internationale Suchdienst Arolsen« – wurde. Allerdings gelang die Umsetzung des Konzepts eher schleppend, denn die räumliche Enge in Arolsen verhinderte die Zusammenfassung aller Dokumente und die Konzentration der Arbeit an einem Ort. Dies änderte sich erst im Mai 1949, als der ITS in die ehemalige SS-Kaserne umzog und in den folgenden Monaten die Außenstellen von Esslingen und Göttingen nach Arolsen verlegt wurden. Innerhalb eines Jahres verdoppelte sich die Mitarbeiterzahl von 500 auf fast 1000.⁸



»Blauhelme« – unter ihnen nicht-repatriierte DPs – bewachten den ITS. Foto: J. B. Zimmer

Die Hochphase des Suchdienstes drohte eine kurze Episode zu bleiben. Noch steckte die Arbeit in den Anfängen, da beschloss man die Auflösung der IRO für »etwa 1950« und kürzte sofort die bereits knapp bemessenen Finanzen. Am Ende seiner Tätigkeit bezeichnete Thudichum den ITS als »ungewolltes Kind« und »armen Verwandten« der IRO. Dies stand ganz im Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten der Westalliierten. Sicher war das CTB kein »Wunschkind« gewesen. Wie sollte dies bei einer so subtilen Aufgabe auch der Fall sein. Eine längerfristige Planung und die Bindung an eine dauerhafte Organisation hätten jedoch den Opfern manche Sorge genommen. Zudem kam es durch ungenaue Begriffsbestimmungen zu Irritationen in der Öffentlichkeit. Als besonders missverständlich erwies sich die Aufteilung der Berichte über Suchfälle in die Kategorien »positiv« und »negativ«. Ein positiver Report legte sprachlich nahe, dass die gesuchte Person lebend gefunden, ein negativer, dass ihr Tod festgestellt worden war. In der ITS-Terminologie bedeutete ein negativer Bericht jedoch, dass kein Hinweis auf den Gesuchten gefunden werden konnte. Andererseits wurde z.B. der Nachweis



Das Stammpersonal des ITS am Haupteingang der ehemaligen Kaserne. In der Mitte sitzend mit Brille der ITS-Direktor M. Thudichum.
Foto: ITS

der Ermordung als »positiv« abgelegt. Diese unvernünftige Teilung überdauerte die Zeit. Auch die leichtfertige Benutzung von Begriffen aus der Umgangssprache mit ihrer dehnbaren Bedeutung erwies sich als problematisch. So wurden »Tracing« und »Search« oft parallel verwendet, beschrieben sie doch beide den Vorgang des Suchens. Der feine Unterschied hatte bei den *Zonal Search Bureaux* und dem *Central Tracing Bureau* (CTB) zwar zu Verwechslungen geführt, war aber ohne gravierende Folgen geblieben. Beim ITS wog das unterschiedliche Handeln von »Tracing« und »Search« vor allem im Zusammenhang mit der Kindersuche sehr viel schwerer. Neben der *Adult Tracing Branch* gab es eine *Child Tracing Branch*, die ihre Tätigkeit der Individualsuche – also die Einleitung eines Suchvorgangs lediglich bei Anfrage – ebenfalls vom Schreibtisch aus erfüllte. *Child Search* verlangte dagegen das aktive »Aufspüren« auch von nicht gesuchten Kindern in Kinderheimen und bei Adoptiv- und Pflegeeltern. In der UNRRA-Phase erfolgten diese Operationen von anderen Abteilungen und in der amerikanischen Zone vorwiegend vom Zonenbüro in Esslingen aus, während ein vergleichbares aktives Vorgehen dem CTB untersagt war.

In Arolsen kam *Child Search* erst 1949 zur Umsetzung, als Einzelheiten über *Stolen Children* und *Lebensborn* verstärkt in das öffentliche Interesse rückten.⁹ Da die zur Verfügung gestellten Finanzmittel sehr begrenzt waren und sich die Aufgabe als äußerst kompliziert erwies, war bis zur geplanten IRO-Auflösung fünf Jahre nach Kriegsende vermutlich die Erwachsenen-, aber nicht die Kindersuche abzuschließen. Ein Fehlschlag mit all seinen negativen Folgen für die betroffenen Kinder rückte in das Blickfeld und selbst die Verschiebung der »dead-line« auf 1951 konnte an dieser Tatsache nichts ändern.

Um den Abbruch zu verhindern, benötigte man eine Nachfolgeorganisation, wobei eine internationale Hilfsorganisation nicht zur Verfügung stand und das IKRK wegen der außerhalb seiner Statuten stehenden Aufspüraufgabe die Übernahme ablehnte.

Das ITS-Verwaltungs-
gebäude kurz nach
Fertigstellung 1952.
Foto: J. B. Zimmer



Grundsätzlich bot sich jedoch eine andere Variante an. Die Betreuung der DPs war in die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland übergegangen und aus DPs wurden *Heimatlose Ausländer*, sodass es nahe lag, auch deren Suche der Bundesregierung zu übertragen. Aber zu diesem Schritt waren die Alliierten noch nicht bereit und auch die bundesdeutsche Regierung stand der Aufgabe zurückhaltend gegenüber.

ITS und Alliierte Hohe Kommission

Im letzten Moment sprangen die drei Westalliierten ein und die *Alliierte Hohe Kommission* (AHC) übernahm die Leitung in veränderter Organisationsstruktur: Nicht mehr ein Direktor leitete den Suchdienst, sondern ein Verwaltungsbüro. Die AHC tat dies nicht mit ausgeprägtem Enthusiasmus, sondern in Erwartung einer baldigen völkerrechtlichen Veränderung der Bundesrepublik Deutschland, die aber wegen des Widerstands der französischen Nationalversammlung erst 1955 erfolgte.

Erste Schritte der Einbindung der Bundesrepublik erfolgten im Management: Das *Executive Board*, dem je ein Vertreter der Westmächte angehörte, kontrollierte von Petersberg bei Bonn aus die Verwaltung, während vor Ort nur der amerikanische Vertreter ständig anwesend war. Neu eingerichtet wurde die Funktion eines deutschen Geschäftsführers, der dem Vorsitzenden zur Seite stand und den ITS in Verhandlungen mit deutschen Behörden vertrat. Auch das Personal wurde durch deutsche Beschäftigte ergänzt. Damit stand man vor einem ernsthaften Problem, das man lange verdrängt hatte und auch jetzt nicht in vollem Umfang durchschaute: Welche Tätigkeiten eine Person in der NS-Zeit ausgeführt hatte oder ob sie sogar in Verbrechen involviert gewesen war und ihre Gesinnung standen nicht in den Personalakten. Hellhörig wurde man beim ITS erst, als sich ehemalige NS-Funktionäre regelmäßig in Arolsen aufhielten, die nach Angaben des britischen Geheimdienstes den demokratischen Aufbau der Bundesrepublik verhindern wollten. Als sich Gerüchte verdichteten, dass NS-Mitglieder beim ITS eingestellt worden waren und jetzt Dokumente der NS-Verbrechen bearbeiteten, reagierte der Vorsitzende des *Executive Board*, Hugh G. Elbot, unverzüglich und



Blick in einen Büro-
raum des neuen
ITS-Verwaltungs-
gebäudes. Foto: ITS

startete eine Überprüfung aller Beschäftigten, als deren Folge einige Mitarbeiter sofort entlassen und andere auf »unsensible« Arbeitsplätze versetzt wurden. Zu Ende geführt wurde das Screening aber nicht.

Eine wichtige Entscheidung, mit der die dauernde Standortfrage des ITS beendet wurde, fiel in der AHC-Periode. Vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs benötigte man die Kaserne wieder für Truppen und ordnete eine schnelle Räumung an. Auf Betreiben der US-Vertreter in der AHC wurde nahe des Neuen Schlosses – des ehemaligen Sitzes des NS-Oberabschnitts »Fulda-Werra« – 1952 ein Verwaltungsgebäude für den ITS gebaut, sodass die materiellen Probleme weitgehend gelöst waren. Gespart werden konnte noch bei den Personalkosten und da ging man rigoros vor: Innerhalb weniger Monate wurden von den 1000 Beschäftigten 750 entlassen. Dass der verbleibende Rest dennoch mehr »output« erzeugte als der IRO-ITS, wurde als Fortschritt bewertet. Der erforderliche qualitative Vergleich erfolgte nicht.

Unangetastet blieb die Vorstellung, die Arbeit des ITS in überschaubarer Zukunft zu beenden. Doch dem stand der Faktor entgegen, dass neben die ursprüngliche Aufgabe der Individualsuche verschollener DP's für kurze Zeit die breit gefächerte und flächendeckende Kindersuche trat. Mit dem zutreffenden Argument der humanitären Tätigkeit erweiterte man zudem die Anfrageberechtigung auf deutsche NS-Opfer, die aus religiösen, rassischen oder politischen Gründen verfolgt worden waren sowie auf Post-War-DP's.

Die quantitativ entscheidendste Erweiterung betraf allerdings die Bereitschaft, die beim ITS gesammelten Dokumente den NS-Opfern zur Bescheinigung des erlittenen Leids zur Verfügung zu stellen, denn es wurden zunehmend Belege für die Verfolgung, Inhaftierung, Zwangsarbeit und Ermordung benötigt. 1948 verschickte der ITS die erste Inhaftierungsbescheinigung. Nach Aufnahme weiterer Kategorien in den Bearbeitungskatalog und vor allem, als im Zusammenhang mit den Wiedergutmachungsgesetzen *Gesuche von Bescheinigungen zur Verwendung in Entschädigungsverfahren* ausgestellt wurden, nahm dieser Teil der Arbeit einen ständig größeren Rahmen ein: Seit Sommer

1951 überschritt die Anzahl der Anfragen nach Bescheinigungen die der Vermissten-
suche und wenige Monate später galt Entsprechendes für die Antworten.

Aufgrund der Aufgabenverschiebung schlug der Vorsitzende des *Executive Board* die Umbenennung des *International Tracing Service* in *International Documentation Service* vor. Dies hätte einem weiteren Aspekt Rechnung getragen. Zwar betrieb der ITS in den ersten zehn Jahren seines Bestehens keine eigene Forschung, aber die Dokumente standen Wissenschaftlern zur Verfügung. Die Liste der in dieser Phase in Arolsen Forschenden ist lang und viele der heute als grundlegend eingestuften Arbeiten basieren zum Teil auf Unterlagen des ITS. Obwohl intern die sogenannten Such-Fälle kontinuierlich in Such- und Dokumentations-Fälle – T-cases bzw. TD-cases – überführt wurden, blieb man bei der eingebürgerten Bezeichnung ITS. Hätte man Elbots Vorschlag befolgt, wären vermutlich Missverständnisse über den Aufgabenbereich – »wen suchen die denn noch?« – nicht entstanden.

Mit Aufheben des Besatzungsstatuts und der Proklamation der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 war der Weg für eine Neugliederung des ITS frei. Im sogenannten Überleitungsvertrag verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, die vom ITS durchgeführten Arbeiten fortzusetzen. Doch eine völlige Übergabe in deutsche Hände wurde von allen Seiten mit einigen nachvollziehbaren Gründen nicht angestrebt. Stattdessen wählte man mit den »Bonner Verträgen« 1955 ein vertragstechnisch verwickeltes Konstrukt für die Arbeitsweise des ITS. Vor dem Hintergrund eines noch latent vorhandenen Misstrauens gegenüber der BRD wurde zur Aufsicht über den ITS ein International Committee eingerichtet, dem neben der Bundesrepublik Deutschland Belgien, Frankreich, Großbritannien, Israel, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Vereinigten Staaten von Amerika angehörten. Hinzu kam eine weitere bemerkenswerte »Neuerung«: Nach zehn Jahren der Irrungen und Wirrungen übernahm das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* die Position des Direktors des ITS. Zunächst für fünf Jahre konzipiert, überdauerte dieses Modell 57 Jahre und endet erst 2012.

Resümee

Im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende hatten nach kurzer militärischer Führung drei verschiedene Organisationen den ITS geleitet. Jede war aus spezifischen Motiven ausgewählt worden, jede besaß in anderen Kreisen Rückhalt, jede fand unterschiedliche Anerkennung, jede setzte individuelle Schwerpunkte, jede hatte die Leitung nur mit Murren übernommen, jeder Übergang hatte einen deutlichen Bruch bedeutet, mit unnötigen Verzögerungen bei der Lösung der eingehenden Suchfälle. Aber jede hinterließ einige lange nachwirkende Spuren.

Der ITS war nicht nur während der Besatzungszeit, sondern darüber hinaus in den folgenden Jahrzehnten, immer wieder Kritik ausgesetzt. Die massivste betraf von Beginn an die lange Zeitspanne vom Eintreffen einer Anfrage bis zu ihrer Beantwortung. Sieht man von mutwilligen Verzögerungen ab, die in Einzelfällen vorkamen, lag bis 1955 eine Ursache in der personellen Unterbesetzung und den knappen finanziellen Ressourcen. Ein weiterer Faktor bestand im ehrgeizigen Bemühen, für jede Anfrage die vollständige Biografie des Gesuchten vom Zeitpunkt der Deportation bis zur Befreiung oder zum Tod lückenlos zu dokumentieren. Mit dem verfügbaren Bestand konnte das in sehr vielen Fällen gar nicht gelingen. Unverständlich ist es, dass man lange an

dieses Vorgehen glaubte, obwohl eine solche Vollständigkeit oft nicht erforderlich war und von den Antragstellenden auch nicht erwartet wurde. Eine knappe Bestätigung der Inhaftierung für einen Zeitpunkt hätte für viele juristische Anfragen gereicht. Aufgrund des kontinuierlichen Ausbaus des Masterindex, der 1955 etwa 18 Millionen Karten enthielt, wäre dieses Vorgehen schon in dieser Phase in vielen Fällen zügig möglich gewesen. So aber entstand ein Rückstau, der Ende 1950 etwa 10 000 und fünf Jahre später bereits 25 000 unbearbeitete Fälle umfasste. Diese Anfragen flossen also über lange Zeit gar nicht in den Bearbeitungsprozess ein, sondern lagerten auf der »Wartehalde«.

Unbestreitbar ist die Organisationsgeschichte des ITS für das erste Jahrzehnt seines Bestehens und darüber hinaus mit Fehlern auch ernster Natur behaftet. Auf diese – so scheint es – wird allzu gerne der Fokus gerichtet. Dabei übersehen die Kritiker mitunter, dass seine Arbeit in der Summe für die betroffenen NS-Opfer fraglos um ein Vielfaches mehr »Nutzen« als »Schaden« gebracht hat.¹⁰

Bernd Joachim Zimmer war Lehrer und Fachleiter für Referendare in Arolsen und Kassel. Seine Promotion von 1996 behandelte die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Buchenwaldhäftlingen in der SS-Führerschule Arolsen. Im letzten Jahr hat er publiziert: *International Tracing Service Arolsen. Von der Vermisstensuche zur Haftbescheinigung. Die Organisationsgeschichte eines »ungewollten Kindes« während der Besatzungszeit.*

- 1 SHAEF Administrative Memorandum No. 39, 18. 11. 1944. NARA RG 165, Records of the War Department. General and Special Staffs, CAD 383.7, General Records 1943 – Juli 1949, Sec. 4 to 5, »Refugees«, Box 141. Die für die Praxis wichtigere überarbeitete Fassung Administrative Memorandum No. 39 (revised) vom 16. 4. 1945 ohne Anhänge ist abgedruckt bei Proudfoot: European Refugees, S. 445 ff. Zur Bedeutung des Memorandums s. auch Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 30 f.
- 2 Die Bezeichnung findet sich z.B. im Bulletin No. 2 Communication between Displaced Persons and their Relatives – and Tracing für April 1945. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wird hier eindeutig als Central Tracing Bureau for Europe bezeichnet. ISD Alliierte 22, S. 3 und S. 47 f.
- 3 Die Grausamkeit der Schlacht und die Hilflosigkeit der verwundeten Soldaten veranlassten Henry Dunant (1828–1910) zur Gründung des Roten Kreuzes und führten zur Vereinbarung der Genfer Konvention von 1864.
- 4 GE-CDPX 383.7 (4.33), Schreiben von Lt. Col. L. W. Cramer (CDPX) an IKRK vom 7. 9. 1945. ISD Alliierte 15, S. 216 f. Schreiben des IKRK an Bowering (CTB) vom 21. 1. 1946. ISD Alliierte 62, S. 118 f.
- 5 CORC/P(45)54, 13. 9. 1945. ISD Alliierte 28, S. 11 ff.
- 6 Die IRO (Internationale Flüchtlingsorganisation) war eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die 1946 als Nachfolgeorganisation der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) eingerichtet wurde. Sie war verantwortlich für die Fürsorge für Europäer, die durch den Zweiten Weltkrieg heimatlos geworden waren, v.a. Überlebende des Holocaust und ehemalige Zwangsarbeiter, die sog. Displaced Persons.
- 7 Proposals for the Organization of an International Tracing Service (ITS). Prep/131/Rev. 1. 6. 11. 1947. ISD Alliierte 38, S. 102 ff.
- 8 Die statistischen Angaben greifen primär auf die in Tabellenform den Monatsberichten beigelegten Zahlen zurück.
- 9 Prozess »Rasse- und Siedlungs-Hauptamt der SS« vom 1. 7. 1947 bis 10. 3. 1948. Den Delegierten der 1. Sitzungsreihe der IRO im September 1949 lag ein Bericht des ITS-Direktors über dieses Thema vor. IRO, General Council, Report of the Director-General on the Child Search Programme, 20. 9. 1948, GC/39. ISD Alliierte 39, S. 94R ff.
- 10 Zimmer, Bernd Joachim: International Tracing Service Arolsen – Von der Vermisstensuche zur Haftbescheinigung. Bad Arolsen 2011.
Anmerkung: Die Quellenhinweise auf den ITS nennen die während der Forschung verwendeten Bezeichnung des Bestandes »Alliierte«. Mit der Digitalisierung erfolgte eine Umbenennung.

Familienbegegnungen

EIN SEMINARANGEBOT
DER STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

Ulrich Tempel

Häufig erreichen die Stiftung Topographie des Terrors Anfragen von Menschen, die mehr über die Rolle ihrer Familienangehörigen in der NS-Zeit wissen möchten. Dabei geht es oft darum, den Familienerzählungen Informationen aus den Archiven oder der Fachliteratur über die Mitgliedschaft in Organisationen oder die Tätigkeit in Institutionen des NS-Staates, besonders in NSDAP, SS, Polizei und Wehrmacht gegenüberzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung versuchen diese Anfragen im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten zu beantworten, d.h. die Anfragenden auf bestehende Recherchemöglichkeiten in Archiven hinzuweisen und den Stand der Forschung im betreffenden Bereich zu skizzieren. Die häufige Vermutung, die Stiftung würde selbst über originale personenbezogene Unterlagen oder Verzeichnisse aus der NS-Zeit verfügen, muss natürlich enttäuscht werden. Darüber hinaus wird den Fragenden die Möglichkeit angeboten, sich mit Rechercheergebnissen wieder zu melden.

Die Anfragen erreichen die Stiftung zum einen schriftlich, offensichtlich wird die Stiftung wegen ihrer inhaltlichen Ausrichtung als möglicher Anlaufpunkt wahrgenommen. Zum anderen sind es Besucherinnen und Besucher der Ausstellung und des historischen Geländes, die sich am Informationstresen oder direkt in der Bibliothek melden und ihre Fragen stellen. Die zentrale Lage der Bibliothek in dem 2010 eröffneten Dokumentationszentrum verringert sicher bei vielen die Hemmschwelle. In der Dauerausstellung »Topographie des Terrors« finden sich zudem viele Bilder aus privaten Entstehungs- und Überlieferungskontexten, die Angehörige von Einheiten der Wehrmacht und der Waffen-SS zeigen. Vermutlich sind es auch diese Bilder, die an die in den Familien vorhandene visuelle Überlieferung zum Zweiten Weltkrieg anknüpfen und Nachfragen auslösen.

Aus dieser konkreten Nachfragesituation entstand die Idee, ein Seminarangebot zu entwickeln, das sich direkt an die Personen richtet, die mehr über Recherchemöglichkeiten in Archiven erfahren wollen. Von großer Hilfe war dabei, dass es in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme seit 2009 ein ähnliches Angebot gibt. Halbjährlich findet dort das Seminar »Ein Täter, Mitläufer, Zuschauer, Opfer in der Familie? Rechercheseminar zu Familiengeschichte und Familiengeschichten« statt.¹ Dazu erschien auch ein sehr informatives Studienheft.²

Der Titel »Familienbegegnungen« nimmt Bezug auf die Rede von Bundespräsident Horst Köhler zur Eröffnung des Dokumentationszentrums »Topographie des Terrors« am 6. Mai 2010. Das neue Gebäude ist für ihn Zeugnis zum einen für den langen Weg der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland und zum anderen für das zivilgesellschaftliche Engagement. Zum dritten »zeugt es auch von der Bereitschaft, neben den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Geschichten auch die Täter und ihre Biographien in den Blick zu nehmen. Wie konnten Menschen von ihrem Schreibtisch aus Massenmorde organisieren oder selbst zu Mördern werden? Was hat sie dazu

gebracht, so zu handeln? Was haben meine eigenen Verwandten gewusst, was hätte ich an ihrer Stelle getan? Das sind Fragen, die sich an diesem Ort stellen. Sie können schmerzhaft sein, weil wir in diesen Fragen möglicherweise der Geschichte unserer Familie begegnen, vor allem aber: uns selbst.«³

Familienbegegnungen. In vielen Familien gibt es Hinweise darauf, dass Angehörige Mitglied in NS-Institutionen waren oder Funktionen innehatten, möglicherweise auch als Angehörige des SS- und Polizeiapparats direkt Verantwortung für Verbrechen trugen. Ein Gespräch in den Familien über die NS-Vergangenheit kam und kommt oft nicht zustande und folgt dann zumeist ganz eigenen Regeln. Oftmals sind es einzelne Familienangehörige, die mehr wissen wollen und sich intensiv mit der schriftlichen und visuellen familiären Überlieferung auseinandersetzen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt beginnen sie dann auch zu fragen, welche Dokumente in den Archiven überliefert sind.

Wer sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Seminare? Die Einladungen gehen an den Verteiler der Stiftung und werden auf der Homepage der Stiftung angezeigt. Bei den bisherigen Seminaren stellte sich heraus, dass die größte Gruppe Personen im Alter zwischen 60 und 70 Jahren sind, die sich nach dem Abschluss ihrer beruflichen Tätigkeit auf die Spurensuche machen bzw. bereits begonnene Recherchen fortsetzen wollen. Darüber hinaus kommen Studierende und Historikerinnen und Historiker, die die Seminare als allgemeine Fortbildung und als Unterstützung oder Anregung für die Beschäftigung mit der eigenen Familiengeschichte nutzen.

Die Seminare in der Stiftung Topographie des Terrors

Im Zentrum der Seminare steht die Präsentation von Archivbeständen. Daneben wird auf die private Fotoproduktion in der NS-Zeit eingegangen, eine Einführung in die Bibliotheksarbeit gegeben und auf ausgewählte Internetressourcen hingewiesen. In einer Vorstellungsrunde am Beginn des Seminars haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihren Hintergrund bzw. ihr konkretes Anliegen kurz mitzuteilen, um darüber auch mit anderen ins Gespräch zu kommen.

Für personenbezogene Recherchen zur Involvierung von Familienangehörigen in die Strukturen des NS-Staates kommen prinzipiell ganz unterschiedliche Archive und Institutionen infrage. In den meisten Fällen sind Anfragen im Bundesarchiv und in der »Deutschen Dienststelle (WASt) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht« sinnvoll. Aber auch die Staats- und Landesarchive können von Interesse sein, in Berlin ist dies das Landesarchiv Berlin. Die Grundidee des Seminarangebots ist es, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Archive die relevanten Bestände im Rahmen des Seminars selbst vorstellen, d.h. das Seminar beruht auf der Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv, der Deutschen Dienststelle (WASt) und dem Landesarchiv Berlin.

Für »Laien«, aber auch für Fachleute, ist es oft nicht ganz einfach, Aufbau und Arbeitsweise von Archiven zu verstehen. Daher ist es ein Anliegen des Seminars, ein Grundverständnis für die Struktur von Archiven zu wecken und mit den Rahmenbedingungen für eine Nutzung vertraut zumachen. Dabei werden Themen wie Archivgesetzgebung und Archivsparten, Zuständigkeit von Archiven und Schutzfristen angesprochen. Die anwesenden Referentinnen und Referenten sind auch bei komplizierten Rückfragen auskunftsfähig und können über aktuelle Erschließungsprojekte und sonstige Aktivitäten der Archive berichten.

Das Bundesarchiv

Im vorliegenden Zusammenhang ist das Bundesarchiv von besonderer Bedeutung, da hier eine große Anzahl von personenbezogenen Unterlagen zur NS-Zeit aufbewahrt wird. 1994 übernahm das Bundesarchiv die Bestände des »Berlin Document Centers« (BDC): »Das BDC war unmittelbar nach Kriegsende von der US-Armee in Berlin als Sammellager von beschlagnahmten Dokumenten aus der NS-Zeit zur Vorbereitung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und der Entnazifizierung errichtet worden.«⁴ Zu den wichtigsten Beständen zählen die Mitglie d er kartei der NSDAP, die Sammlung Parteikorrespondenz und umfangreiche Unterlagen zu SS-Angehörigen. Diese Bestände gehören zur Abteilung R (»Deutsches Reich«). Neben den Beständen zu zivilen Behörden und Einrichtungen des Deutschen Reiches finden sich hier auch diverse Bestände zu Organisationseinheiten der NSDAP, SS und SA. Die Tätigkeit von natürlichen Personen hat auch in all diesen Beständen ihren Niederschlag gefunden, die über Indices auffindbar gemacht werden. Die Homepage des Bundesarchivs hält für die Vorbereitung der Nutzung eine Vielzahl von Informationen bereit. Auf der Startseite sind einführende Informationen unter den Überschriften »Zeitbezug« und »Sachbezug« zusammengefasst. Relevant in unserem Fall sind die Unterpunkte »Deutsches Reich: Nationalsozialismus 1933–1945« und »Personenbezogenes Archivgut/Genealogie«. Unter der Überschrift »Benutzungsvorbereitung« gibt es vielfältige sachdienliche Hinweise, u.a. auch ein Muster des Benutzungsantrags und den Hinweis auf Recherchedienste, die ggf. beauftragt werden können. Über den Button »Recherche im Archivgut« gelangt man zur Suchmaschine des Bundesarchivs, in der die Beständeübersicht und die bereits vorhandenen Online-Findbücher durchsucht werden können. Ein sehr hilfreicher Service des Bundesarchivs sind thematische Aufsätze von Mitarbeitern des Bundesarchivs, die online zur Verfügung gestellt werden.⁵

Die »Deutsche Dienststelle (WAS t) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht«

Die Deutsche Dienststelle (WAS t) ist die Rechtsnachfolgerin der 1939 gegründeten »Wehrmachtsauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene«.⁶ Ihr Name ist die wörtliche Übersetzung der amerikanischen Bezeichnung der Dienststelle in der Nachkriegszeit – »German Agency for notification of war-deaths in former German Armed Forces to next of Kin«.⁷ Dieser Name ist zeitbezogen und aus heutiger Sicht ein wenig verwirrend, denn es werden nicht ausschließlich Unterlagen über Gefallene aufbewahrt, und es gibt in der Deutschen Dienststelle auch Bestände zu anderen militärischen und militärähnlichen Verbänden, also nicht nur zu Wehrmachtsangehörigen.

Die Deutsche Dienststelle (WAS t) ist seit 1951 eine Behörde des Landes Berlin. Da sie Bundesaufgaben erfüllt, wird sie aus Bundesmitteln finanziert. In unserem Zusammenhang ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Deutsche Dienststelle kein Archiv, sondern eine Behörde ist. Das hat die Folge, dass man nach Stellung des Antrages einen schriftlichen Bescheid und in der Regel keine Unterlagen vorgelegt bekommt. Ihre Tätigkeit regelt ein Gesetz und eine Verordnung aus den Jahren 1993/1994. Die Deutsche Dienststelle arbeitet u.a. eng mit den Suchdiensten des DRK und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zusammen.

Die Deutsche Dienststelle (WAS t) bewahrt Unterlagen in großer Zahl auf, die die Grundlage für die Beantwortung u.a. der familienbezogenen Anfragen bilden.

Zentralkartei der Deutschen Dienststelle (WASSt), Foto: Deutsche Dienststelle (WASSt) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht



unten: Bianca Welzing-Bräutigam (Landesarchiv Berlin) und Dr. Simone Erpel im Gespräch, Seminar »Familienbegegnungen«, Berlin 26. 4. 2012. Foto: Ulrich Tempel, Stiftung Topographie des Terrors



Magazin-Neubau des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde (Ernst-Posner-Bau). Foto: BArch, B 198 Bild-2010-0422-001, Torsten Krause



oben: Präsentation von Stephan Kühmayer (Deutsche Dienststelle (WASSt)), Seminar »Familienbegegnungen«, Berlin 26. 4. 2012. Foto: Ulrich Tempel, Stiftung Topographie des Terrors

Besonders hervorzuheben sind zum einen die »personenbezogene[n] Meldungen über Verluste. Dies sind die Einzelmeldungen oder Sammellisten, die von den Einheiten alle zehn Tage an die Wehrmachtauskunftsstelle weitergegeben werden mussten. Hier finden sich Verwundungen und Erkrankungen der Soldaten und damit verbundene Verlegungen zu Lazaretten. Auch die Vermissten, in Gefangenschaft Geratenen und Gefallenen wurden hier aufgeführt [...]«⁸

Einen anderen großen Bestand bilden die »Erkennungsmarken-Urlisten sowie Veränderungen hierzu mit namentlichen Meldungen (Heer, Luftwaffe)«. Das wichtigste Hilfsmittel bei allen Anfragen ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Dienststelle nach wie vor die aus 18 Millionen alphabetisch geordneten Karteikarten bestehende Zentralkartei. Seit 1939 wird diese Kartei geführt und werden in ihr alle relevanten Informationen erfasst.

Die Aufgaben der Deutschen Dienststelle (WASSt) sind bis heute vielfältig. Mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Kriegsende 1945 stellt sich aber auch die Frage, in welcher Form die Unterlagen in Zukunft aufbewahrt und ggf. als Archivgut zugänglich gemacht werden sollen. Offensichtlich gehen die Planungen dahin, die deutsche Dienststelle (WASSt) langfristig in das Bundesarchiv einzugliedern.⁹

Das Landesarchiv Berlin

Auch die Archive der Bundesländer sind bei Familienrecherchen von Interesse. Da das Seminar in Berlin stattfindet, bietet sich der Kontakt zum Landesarchiv Berlin an. Das Landesarchiv Berlin ist das zentrale Staatsarchiv des Landes Berlin. Es verwahrt »die schriftliche Überlieferung von Berliner Behörden und Einrichtungen« und »ist zuständig für die obersten Landesbehörden (Senatskanzlei und Senatsverwaltungen), für die Bezirke, die Gerichte und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes [...]«¹⁰

Verschiedene Bestände sind bei familienbiographischen Recherchen mit Berlin-Bezug relevant, so z.B. die Historische Einwohnermeldekartei von 1875–1960, der Bestand »Magistrat der Stadt Berlin, Personalbüro« und die Überlieferung der Berliner Entnazifizierungsstellen (z.B. Entnazifizierungskommissionen und Spruchkammern).

Private Fotoproduktion in der NS-Zeit

Ein zentraler Bestandteil der familiären Überlieferung zur NS-Zeit sind private Fotos, oft mit Bezug zum Zweiten Weltkrieg. Schwarz-Weiß-Abzüge zeigen Familienangehörige in Uniform an ganz unterschiedlichen Schauplätzen und werden als lose Konvolute oder arrangiert in Fotoalben überliefert. Im Rahmen des Seminars wird auf die konkreten Bedingungen privater Fotoproduktion in der NS-Zeit und besonders im Zweiten Weltkrieg eingegangen. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund: Wie verbreitet waren Kleinbildkameras in der NS-Zeit? Welche vorrangigen Fotografieranlässe gab es und welche Bildsujets entstanden daraus? Wie wurden die Fotografien überliefert? Welche Art von Fotografierverboten gab es? Wie sind die private »Knipsen«-Bilder von der professionellen/officialen Fotografie abzugrenzen?

Benutzung von Fachbibliotheken

In den letzten 20 Jahren sind viele Forschungsbeiträge zur Geschichte des NS-Staates und besonders zur deutschen Besatzungsherrschaft und den Verbrechen des NS-Staates erschienen. Neben dem Bereich des SS- und Polizeiapparates und der Wehrmacht wird

mittlerweile auch verstärkt der Bereich der Zivilverwaltung untersucht. Diese Studien greifen in der Regel auf eine umfangreiche Quellenbasis zurück und untersuchen nicht nur die Tätigkeit der Spitzen von SS und Polizei, Wehrmacht und Zivilverwaltung, sondern auch das Wirken der Akteure vor Ort in den nachgeordneten Einheiten. Bei Familienrecherchen existiert dadurch heute häufig die Möglichkeit, sich detailliertes Hintergrundwissen zu den einzelnen besetzten Ländern oder sogar konkreten Schauplätzen und ggf. zu einzelnen Einheiten der Polizei und SS oder Wehrmacht anzueignen.

Darüber hinaus haben sich die Suchmöglichkeiten in Bibliothekskatalogen in den letzten Jahren erheblich verbessert. Elektronische Kataloge bieten vielfältige Informationen über die herkömmlichen Katalogdaten hinaus, wie z.B. Inhaltsverzeichnisse oder Rezensionen. Die Bibliothek der Stiftung Topographie des Terrors bietet noch einen besonderen Service an: Die Bibliothekssystematik findet sich auf der Homepage und ist verbunden mit dem Bibliothekskatalog. Wird eine bestimmte Systematikstelle ausgewählt und angeklickt, öffnet sich eine Ergebnismenge mit allen Titeln, die zu dieser Systematikstelle gehören.¹¹

Aktivitäten der Landesarchive Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

Die Archive in Deutschland haben in den letzten Jahren eine neue Nutzergruppe hinzugewonnen: Neben der »klassischen« Klientel aus Behörden, Geschichtswissenschaft, Publizistik und Genealogie erreichen die Archive Anfragen von Menschen, die mehr über die Involvierung ihrer Angehörigen in den NS-Staat wissen möchten. Diese Tatsache wird in der archivwissenschaftlichen Literatur und in den Publikationen und der Veranstaltungstätigkeit einzelner Archive reflektiert.

Vorreiter ist in diesem Zusammenhang sicherlich das Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg. Bereits seit einigen Jahren erscheinen in den vom Landesarchiv Baden-Württemberg herausgegebenen »Archivnachrichten« Artikel zum Thema.¹² Peter Müller (Staatsarchiv Ludwigsburg) stellt in einem Artikel mit dem Titel »War mein Opa eigentlich ein Nazi?« einige Überlegungen zum Hintergrund des wachsenden Interesses an. Er weist auf einen besonderen Zusammenhang hin:

»Mit dem Aussterben der Zeitzugengeneration geht auch der allmähliche Ablauf der Sperr- und Schutzfristen einher, die einer Einsichtnahme personenbezogener Unterlagen über die NS-Zeit durch die Allgemeinheit für nicht-wissenschaftliche Nutzungen im Wege standen. Von Jahr zu Jahr können so immer umfangreichere Teile insbesondere der in der Nachkriegszeit entstandenen Akten der Gerichte und Behörden über die juristische und finanzielle Aufarbeitung der NS-Zeit – und selbstverständlich auch die Unterlagen aus der Zeit des Dritten Reichs selbst – ohne Einschränkungen genutzt werden.«¹³

Der Autor geht im Folgenden auf die Akten ein, die in Ludwigsburg das Hauptinteresse finden: jene Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Entnazifizierung entstanden.¹⁴ Das Staatsarchiv Ludwigsburg hat in der Vergangenheit große Aktivitäten zur Erschließung und konservatorischen Behandlung dieser Aktenbestände unternommen.

Darüber hinaus bietet das Staatsarchiv Ludwigsburg aktuell drei Seminare mit Bezug zur NS-Zeit an, die jeweils für die Klassenstufen 9–13 geeignet sind: Neben Seminaren zur Entnazifizierung und zum Ulmer Einsatzgruppenprozess gibt es ein Seminarangebot mit dem Titel »Opfer – Täter – Zeitgenosse. Einführung in die Archivarbeit«, das in der Ankündigung mit drei Fragen verbunden ist: »Was hat eigentlich

meine Familie im Dritten Reich gemacht? Gab es auch an unserer Schule Nazis? Was ist aus den jüdischen Mitbürgern unserer Stadt geworden?«.¹⁵

Im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, wurden in den letzten Jahren im Rahmen der Reihe »Genealogie im Landesarchiv« verschiedene Vorträge zur Familienforschung gehalten, im November 2011 der Vortrag »Meine Familie in der NS-Zeit. Personengeschichtliche Quellen zum Dritten Reich«. Die Präsentation dieses Vortrags ist auf der Seite des Landesarchivs NRW abrufbar und verdeutlicht die enorme Spannweite von Archivbeständen, die bei Recherchen zum Thema »Meine Familie in der NS-Zeit« auf regionaler Ebene relevant sind.¹⁶

Herausforderungen für Archive und Gedenkstätten

Eine zentrale Frage im Zusammenhang mit familiengeschichtlichen Recherchen in Archiven ist jene nach dem Umgang mit den personenbezogenen Dokumenten und der Einschätzung ihrer Aussagekraft. Die Erwartung, in den Archiven mehr darüber zu erfahren, wie der Angehörige gedacht, welche Haltung er zu bestimmten Vorgängen gehabt hat, muss in aller Regel enttäuscht werden. Doch trotzdem kommt dieser Überlieferung ein große Bedeutung zu: »Die personenbezogenen Quellen [...] mögen im Einzelfall karg und spärlich sein, sie stellen aber die wenigen Spuren einer großen Anzahl von Menschen dar und sind somit Kristallisationspunkte der Erinnerungsarbeit.«¹⁷

Der oder die Anfragende hat es – in Bezug auf die Deutsche Dienststelle (WASt) und das Bundesarchiv – mit Informationen über den militärischen Lebenslauf zu tun, den Angaben auf den Karteikarten der NSDAP-Mitgliederkartei oder weitergehender Personaldokumente aus der SS- oder NSDAP-Überlieferung. In vielen Fällen ist zudem eine Recherche im Bundesarchiv-Militärarchiv sinnvoll. Dort werden u.a. die Personalakten der Offiziere von Heer und Luftwaffe sowie der Wehrmachtsbeamten und Akten der Wehrmachtsgerichtsbarkeit aufbewahrt. Für weitergehende Recherchen sind auch die überlieferten Unterlagen der einzelnen Einheiten der Wehrmacht und Waffen-SS relevant. In den Landesarchiven finden sich in der Regel die Unterlagen aus der Nachkriegszeit über die Entnazifizierung.

Archivbenutzerinnen und -benutzer sehen sich mit zwei Problemen konfrontiert. Zum einen haben sie es mit historischen Quellen zu tun, die einer Kontextualisierung oder – anders gesprochen – einer Quellenkritik bedürfen. Zum anderen können die in den Dokumenten enthaltenen Informationen durchaus emotional bewegend sein und in den Familien erzählte Geschichten nachhaltig infrage stellen. In beiden Zusammenhängen sind die in Archiven und Gedenkstätten Tätigen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner gefordert.

Andreas Kunz (Bundesarchiv Ludwigsburg) beschreibt einen wichtigen Aspekt der Benutzerunterstützung: »Häufig bedarf es der Hilfestellung bei der kontextuellen Einordnung von Zeugen- und Beschuldigtenaussagen und bei der Verständlichmachung komplexer historischer Zusammenhänge wie auch juristischer Problemlagen.«¹⁸ Darüber hinaus sollten Anfragende bestärkt werden, die vielfältigen Angebote von Bibliotheken und anderen Informationseinrichtungen zu nutzen, um ihre Familiengeschichte in den historischen Kontext zu stellen. Eine besondere Herausforderung stellen dabei die Entnazifizierungsakten dar. Hier besteht die »Gefahr, dass die Nachfahren in den Akten möglicherweise genau jenes beschönigende Bild wiederfinden, das über Jahrzehnte in der Familie tradiert wurde.«¹⁹ Doch gerade in Bezug auf die Entnazifizierung

gibt es mittlerweile eine große Anzahl von wissenschaftlichen Arbeiten und Materialien, auf die verwiesen werden kann.

Die in Archiven und Gedenkstätten Tätigen sollten sich der komplizierten Situation bewusst sein, in der sich die Fragenden befinden: »Und wiederholt erwiesen sich emotional aufgewühlte Benutzer dankbar für die Bereitschaft der Archivmitarbeiter, dass diese in bestimmten Momenten einfach »nur« als dringend benötigter Gesprächspartner zur Verfügung standen.«²⁰ Darüber hinaus sollten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Archiven und Gedenkstätten Anfragende auf bestehende Seminarangebote anderer Einrichtungen hinweisen. Oft ist auch der Hinweis sinnvoll, dass sich Anfragende bei sich neu stellenden Fragen wiederum an das Archiv oder die Gedenkstätte wenden können. Das Sprechen über eigene familienbezogene Recherchen kann zudem im Beratungsgespräch ein guter Anknüpfungspunkt sein.

Abschließende Bemerkungen

Vor zehn Jahren hat eine sozialpsychologische Studie ein Thema aufgegriffen, das im vorliegenden Zusammenhang von großer Bedeutung ist. In der Studie »Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis« wird darauf hingewiesen, dass es einen »Unterschied zwischen kognitivem Geschichtswissen und emotionalen Vorstellungen über die Vergangenheit«²¹ gibt. Stark verdichtet wird diese Erkenntnis in den Begriffen »Lexikon« und »Album«. Das »Lexikon« verdeutlicht das im Bildungsprozess erworbene Fachwissen, dem ein »weiteres, emotional bedeutenderes Referenzsystem für die Interpretation dieser Vergangenheit« gegenübersteht: »eines, zu dem konkrete Personen – Eltern, Großeltern, Verwandte – ebenso gehören wie Briefe, Fotos und persönliche Dokumente aus der Familiengeschichte«²² (das »Album«).

Wohin gehören aber jetzt die personenbezogenen Dokumente aus den Archiven? »Album« oder »Lexikon«? Diese Dokumente nehmen auf »Einträge« in beiden Bereichen Bezug. Es finden sich Hinweise auf den Ablauf eines individuellen Lebens. Ereignisse werden erwähnt, die auch in den Familien überliefert sind. Doch bilden sie nicht notwendig ein geschlossenes Bild ab und lassen Raum für Deutungen. Andererseits beinhalten die Dokumente aber auch klare Fakten, z.B. über die Zugehörigkeit zu NS-Institutionen. Vielleicht kann diese Überlieferung dazu beitragen, eine Korrespondenz zwischen »Lexikon« und »Album« anzubahnen.

Die bisher durchgeführten Seminare in der Stiftung Topographie des Terrors stießen auf eine große Resonanz. Die Teilnehmerzahl war jeweils auf 20 Personen beschränkt, um den Charakter eines Seminars zu gewährleisten. In Zukunft sollen die Seminare fortgesetzt werden. Die Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen wird angestrebt.

Dank

Der Autor dieses Aufsatz bedankt sich herzlich für die Kooperation bei Jana Blumberg, Brigitte Fischer und Heinz Fehlauer (Bundesarchiv Berlin), Claudia Schmidt und Stephan Kühmayer (Deutsche Dienststelle (WASSt)), Bianca Welzing-Bräutigam (Landesarchiv Berlin) und Swantje Greve und Klaus Hesse (Stiftung Topographie des Terrors).

Ulrich Tempel studierte Geschichte und Germanistik an der Technischen Universität Berlin. Weiterbildung zum Diplom-Archivar (Fachhochschule Potsdam). Archivar der Stiftung Topographie des Terrors (tempel@topographie.de).

- 1 Neben den Recherchen bietet die KZ-Gedenkstätte Neuengamme halbjährlich auch Gesprächsseminare an. Der Autor dieses Aufsatzes hatte im Mai 2010 die Möglichkeit, an einem Recherche- und einem Gesprächsseminar teilzunehmen.
- 2 Ein Täter, Mitläufer, Zuschauer, Opfer in der Familie? Materialien zu biografischen Familienrecherchen, Materialien Hamburg 2010 (Neuengammer Studienhefte 1).
- 3 www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2010/05/20100506_Rede2.html [letzter Zugriff 14. 5. 2012].
- 4 www.bundesarchiv.de/benutzung/zeitbezug/nationalsozialismus/00299/index.html.de [letzter Zugriff 14. 5. 2012].
- 5 Z.B. Babette Heusterberg, Personenbezogene Unterlagen aus der Zeit des Nationalsozialismus [2000] (www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/abtr/5.pdf) [letzter Zugriff 14. 5. 2012]. [Abdruck in: HEROLD-Jahrbuch. Neue Folge, Neustadt a.d. Aisch 2000, S. 147–186].
- 6 Zur Deutschen Dienststelle (WASt) vgl.: Deutsche Dienststelle (WASt). 1939–1999. 60 Jahre im Namen des Völkerrechts einschließlich Arbeitsbericht der Deutschen Dienststelle (WaSt) 1997/1998, bearb. von Wolfgang Remmers, Berlin 1999; Deutsche Dienststelle (WASt), Arbeitsbericht für die Jahre 2008/2009/2010.
- 7 Remmers 1999, S. 35.
- 8 Narben bleiben. Die Arbeit der Suchdienste – 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, o.O. 2005, S. 93.
- 9 www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/meldungen/02421/index.html.de [letzter Zugriff 14. 5. 2012].
- 10 www.landesarchiv-berlin.de/lab-neu/02_02.htm [letzter Zugriff 14. 5. 2012].
- 11 www.topographie.de/topographie-des-terrors/bibliothek/systematik/ [letzter Zugriff 14. 5. 2012].
- 12 Die »Archivnachrichten« als PDF: www.landesarchiv-bw.de/web/46257 [letzter Zugriff 14. 5. 2012]. Die Vorträge des Südwestdeutschen Archivtag 2007 waren die Grundlage für folgende Publikation: Peter Müller (Hg.), Individualisierung von Geschichte. Neue Chancen für die Archive?, Stuttgart 2008.
- 13 Peter Müller, War mein Opa eigentlich ein Nazi? Familienforschung als Vergangenheitsbewältigung, in: Archivnachrichten Sondernummer 2005, S. 32–34.
- 14 Stephan Molitor, Spruchkammerverfahrensakten. Überlieferung zur Entnazifizierung als Quelle für die NS-Zeit, in: Nicole Bickhoff (Hg.), Unterlagen der Nachkriegszeit als Quellen zur Geschichte des Dritten Reiches. Vorträge eines quellenkundlichen Kolloquiums im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg am 13. Oktober 2001 in Bad Rappenau, Stuttgart 2004, S. 7–14.
- 15 www.landesarchiv-bw.de/web/46839; www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/51013/Flyer%205-13_2%20WEB2.pdf [letzter Zugriff 14. 5. 2012].
- 16 Annette Hennigs, Jens Heckl, Meine Familie in der NS-Zeit. Personengeschichtliche Quellen zum Dritten Reich (www.archive.nrw.de/lav/abteilungen/westfalen/BilderKartenLogosDateien/Personenquellen_NS_Internetversion.pdf) [letzter Zugriff 14. 5. 2012].
- 17 Edgar Büttner, Personenbezogene Unterlagen militärischer Provenienz im Bundesarchiv, in: Der Archivar 59, 2006, H. 2, S. 143–146, hier S. 146.
- 18 Andreas Kunz, Die Unterlagen der Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg: dauerhafte Sicherung und Nutzbarmachung durch das Bundesarchiv, in: Der Archivar 59, 2006, H. 2, S. 146–153, hier S. 153.
- 19 Müller 2005, S. 33.
- 20 Kunz 2006, S. 153.
- 21 Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall, »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/M. 2002, S. 9.
- 22 Ebd., S. 10. Heidi Behrens und Sabine Moller haben 2004 versucht, Konsequenzen für die Gedenkstättenpädagogik aus der oben genannten Studie zu ziehen. Sie sind überzeugt, dass sich Familien-»Alben« »pädagogisch erschließen« lassen. Abschließend formulieren sie folgende Erwartung: »Dass in deutschen Familien emotional grundierte Erinnerungs- und Weitergabeprozesse unvermutete und paradoxe Verbindungen mit dem wissenschaftlichen Wissen eingehen, müsste in didaktische Konzepten, die sich gleichermaßen subjekt- und sachorientiert verstehen, Beachtung finden.« Vgl. Heidi Behrens, Sabine Moller, »Opa war ein Nazi« und die Folgen. Zurück an den Anfang der Gedenkstättenpädagogik?, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 121 (9/2004), S. 18–29, hier S. 23 u. 26.

Open-Air-Ausstellung erinnert an die Geschichte des »Todeslagers Klinkerwerk« in Oranienburg

Horst Seferens

Im Bereich des ehemaligen KZ-Außenlagers Klinkerwerk in Oranienburg erinnert seit Anfang Dezember 2011 eine neue Open-Air-Ausstellung an die Geschichte des als »Todeslager« gefürchteten Außenlagers des KZ Sachsenhausen. Entlang eines erhöhten Steges erzählt sie auf 16 Glastafeln mit Text- und Bildinformationen die Geschichte des ab 1938 von der SS errichteten »Großziegelwerks Oranienburg«, in dem tausende Häftlinge des KZ Sachsenhausen Zwangsarbeit leisten mussten. Ergänzt wird die Ausstellung, die sich unweit der Lehnitzschleuse auf dem Gelände des ehemaligen SS-Schießstandes befindet, von einem Modell, das die weitgehend zerstörten Anlagen des Klinkerwerks veranschaulicht. Hinzu kommen vier Informationsstelen, die an den jeweiligen Ereignisorten über die SS-Brotfabrik, das Häftlingslager, den Hafen und das Steinbearbeitungswerk informieren. Bereits im Frühjahr 2011 wurden eine Informationstafel am ehemaligen SS-Schießplatz sowie drei weitere Hinweistafeln in der Umgebung des Klinkerwerks und an der ehemaligen Tongrube in Zehlendorf aufgestellt.

Die von dem Berliner Architekten Martin Bennis und dem Stuttgarter Grafikbüro Weidner Händle Atelier entworfene Ausstellung wurde von der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und der Stadt Oranienburg errichtet. Die Finanzierung erfolgte durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, eine zusätzliche Förderung leistete die Stadt Oranienburg. Der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Günter Morsch, erinnerte anlässlich der Ausstellungseröffnung an den 2010 verstorbenen langjährigen Präsidenten des Internationalen Sachsenhausen Komitees, Pierre Gouffault. Selbst Häftling des Klinkerwerks, habe er durch seine bewegenden Reden in steter Beharrlichkeit die Realisierung des Geschichtsparks Klinkerwerk immer wieder angemahnt.

Seit dem Spätsommer 1938 mussten Häftlinge des KZ Sachsenhausen unweit des Hauptlagers das weltweit größte Ziegelwerk errichten, um die Baustoffe für die gigantischen Bauvorhaben der NS-Führung in der Reichshauptstadt Berlin zu liefern. Dazu trieb die SS täglich bis zu 2000 Häftlinge unter den Augen der Oranienburger Bevölkerung über die Kanalbrücke ins Klinkerwerk. Auf dem Rückweg führten die Häftlinge einen mit den Todesopfern des Tages beladenen Karren mit sich. Als »Todeslager« war das Kommando unter den Häftlingen besonders gefürchtet, zumal die SS das Klinkerwerk als Tatort gezielter Mordaktionen nutzte. Mit der Einrichtung eines Barackenlagers bekam das Klinkerwerk 1941 den Status eines Außenlagers. Ab 1943 nutzte die SS das Gelände für die Rüstungsproduktion. In den Öfen des Klinkerwerks wurden Granatenrohlinge geblüht. Bis heute befinden sich im Boden des Geländes sowie im davor liegenden Kanal die sterblichen Überreste zahlreicher Opfer.

Unter den rund 100 Außenlagern des KZ Sachsenhausen nimmt das Klinkerwerk eine ganz besondere Stellung ein. Hier wurden Häftlinge bestimmter Gruppen wie vor allem Juden, Sinti und Roma, Polen und Homosexuelle durch die mörderischen Arbeitsbedingungen und durch gezielte Aktionen ermordet. Im Sommer 1942 fielen

mehr als 100 Homosexuelle einer solchen Mordaktion der SS zum Opfer. Adam König kam unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf Polen als in Deutschland lebender Jude polnischer Nationalität in das KZ Sachsenhausen und musste im extrem kalten Winter 1939/40 das Klinkerwerk mitaufbauen. Für ihn, der Auschwitz überlebte, blieb das Klinkerwerk mit den schlimmsten Erinnerungen an jahrelange KZ-Haft verbunden: »Ich habe in der Folgezeit bis zu meiner Befreiung im April 1945 in mehreren KZ in einer größeren Anzahl von Arbeitskommandos gearbeitet. Keines reichte annähernd an die Arbeitshetze und die grausamen Massen- und Einzeltötungen im Klinkerwerk heran«, sagte er bei einer Gedenkveranstaltung im April 2011. Adam König ist einer von sechs Häftlingen, deren Lebensgeschichten auf zwei Tafeln dargestellt werden und die von ihren Erinnerungen an die Torturen im Klinkerwerk berichten.

Zu ihnen gehört auch der polnische Überlebende Marian Sobkowiak, der an der Eröffnung teilnahm und eine Ansprache hielt. In der Ausstellung berichtet er als Zeitzeuge über den Bombenangriff auf die Anlagen des Klinkerwerks im April 1945, den die Häftlinge schutzlos über sich ergehen lassen mussten: »Als ich den Bombenrichter verließ, bot sich mir ein schreckliches Bild, das ich bis heute vor Augen habe. Der Boden war voller Leichen und um Hilfe rufender, verwundeter Häftlinge. Kurz vor dem Bombenangriff lernte ich eine Familie aus Warschau kennen, einen Vater und zwei seiner Söhne, die man nach dem Warschauer Aufstand nach Sachsenhausen brachte. Neben dem Bombenrichter lagen der Vater und einer seiner Söhne, beide waren tot. Daneben lag der zweite Sohn mit abgerissenem Bein. Er stöhnte und schrie vor Schmerzen. Den Schrei höre ich bis heute.« Die sterblichen Überreste der Opfer des Luftangriffs wurden teilweise vor Ort in Bombenrichtern verscharrt, wo sie bis heute ruhen.

Nachdem das historische Gelände des Klinkerwerks, das zugleich ein Friedhof ist, jahrzehntelang in Vergessenheit geraten war, wird schon seit mehr als zehn Jahren um die Errichtung eines Geschichtsparks gerungen. Nach dem Abtransport von Maschinen und Geräten in die Sowjetunion sprengte die Rote Armee 1948 die Ruinen des Klinkerwerks und ebnete die Flächen ein. Das 1951 an die Stadt Oranienburg übergebene Gelände diente von 1966 bis 1989 als Übungsgelände der Nationalen Volksarmee der DDR. Die Stadt Oranienburg errichtete 1977 ein Mahnmal an der heutigen Bundesstraße 273 in der Nähe der Brücke über den Oder-Havel-Kanal. Nachdem das Gelände nach der deutschen Vereinigung als wilde Müllkippe genutzt worden war, richtete der Landkreis Oberhavel 1991 hier ein Gewerbegebiet ein. Noch im selben Jahr begann die Firma Havelbeton am Hafen mit der Produktion von Frischbeton. Proteste von Überlebenden und Verbänden führten 1992 zu einem Stopp der Gewerbeansiedlung. 1996 wurde das gesamte Gelände unter Denkmalschutz gestellt. Ein Jahr später beschlossen alle Beteiligten einhellig die Errichtung des Geschichtsparks »KZ-Außenlager Klinkerwerk«. Workcamp-Teilnehmer legten Spuren frei und gestalteten einen provisorischen Gedenkort am ehemaligen Hafenbecken.

Die im Jahr 2000 im Auftrag der Stadt Oranienburg vorgelegten Planungen für die Errichtung des Geschichtsparks »KZ-Außenlager Klinkerwerk« sehen eine Öffnung des Geländes sowie eine zurückhaltende landschaftsplanerische Gestaltung vor, die die einstigen Anlagen des Klinkerwerksgeländes in ihren räumlichen Dimensionen und funktionalen Zusammenhängen wieder sichtbar macht. Hinzu kommen ein Wegesystem entlang der historischen Trassen, Informationsmodule an den einzelnen Ereignisorten, ein Aussichtshügel an der Stelle des ehemaligen Tonberges sowie ein Gedenkort.



Tschechische Häftlinge zerlegen Betonfundamente im Klinkerwerk, SS-Foto, um 1940.
Foto: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Marian Sobkowiak, polnischer Überlebender des Klinkerwerks, bei der Eröffnung der Ausstellung am 4. Dezember 2011.
Foto: Horst Seferens, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten



Obwohl von den Überlebenden immer wieder angemahnt, kam es bisher mit Hinweis auf die Munitionsbelastung des Geländes nicht zur Realisierung des Geschichtsparks.

Die Gedenkstätte Sachsenhausen erstellte 1999 eine Open-Air-Ausstellung zur Geschichte des Klinkerwerks, die zuerst im Innenhof des Oranienburger Schlosses und seit 2005 am original erhaltenen Hafen des Klinkerwerks gezeigt wurde. Alljährlich trafen sich Überlebende, Verbände und Interessierte, um anlässlich des Jahrestages der Befreiung am authentischen Ort der zahlreichen Opfer zu gedenken. Nachdem 2010 erste Informationstafeln des künftigen Geschichtsparks errichtet wurden, konnte nun endlich die Open-Air-Ausstellung »Steine für ›Germania‹ – Granaten für den ›Endsieg‹« im Bereich des ehemaligen SS-Schießplatzes eröffnet werden. Für die Neugestaltung des Gedenkplatzes am ehemaligen Hafenbecken hat die brandenburgische Landesregierung 2012 Fördermittel in Höhe von 200 000 Euro bereitgestellt.

Dr. Horst Seferens ist seit 1997 Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Er hat zu Gedenkstätten herausgegeben (mit U. Heimrod und G. Schlusche): Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«. Eine Dokumentation, Berlin 1999; sowie: Die Spiegelwand (=Architekturführer Bd. 74), Berlin 2005.

»Weil das, was sie trieben, so unmenschlich war«

MENSCHENRECHTE IM BLICK - EIN DEUTSCH-POLNISCHES
FILMPROJEKT DER KZ-GEDENKSTÄTTE MANNHEIM-SANDHOFEN
MIT JUGENDLICHEN UND EHEMALIGEN ZWANGSARBEITERN

Patricia Degueldre, Susanne Schlösser

Angesichts der Tatsache, dass die Stimmen der Zeitzeugen allmählich verstummen, steht die Vermittlungsarbeit der Gedenkstätten vor vielen Herausforderungen. Neue Formen der Auseinandersetzung sind gefordert, um verstärkt junge Menschen ohne Vorkenntnisse anzusprechen, zu interessieren und zu einer vertieften Anteilnahme anzuregen. So auch in der KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen, die an ein Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof im Elsass erinnert. Das Lager wurde in der damaligen Friedrichsschule im Herbst 1944 zur Unterbringung von KZ-Häftlingen eingerichtet, die für Daimler-Benz Mannheim arbeiten mussten. In dem Außenkommando, das sich mitten in einem Wohngebiet befand, litten 1060 polnische Männer und Jugendliche, die während des Warschauer Aufstands im Sommer 1944 aus ihrer Heimatstadt verschleppt wurden.

Die wenigen noch heute in Warschau lebenden ehemaligen Häftlinge, deren Erinnerungen an Zwangsarbeit und Haft im Mittelpunkt der vor zwanzig Jahren in mehreren Kellerräumen der heutigen Gustav-Wiederkehr-Grundschule eingerichteten Dauerausstellung stehen, sind mittlerweile weit über achtzig Jahre alt. Als diese Männer bei ihrem letzten Besuch in Deutschland von ihren Enkelkindern begleitet wurden, entstand die Idee zu einem Filmprojekt: Deutschen und polnischen Jugendlichen sollte noch einmal die Möglichkeit gegeben werden, die ehemaligen Häftlinge zu treffen und sich gemeinsam auf die Spuren dieser Vergangenheit zu begeben.

»Das kann man nicht vergessen, aber niemand erinnert sich daran« – so lautet der Titel des dreißigminütigen Dokumentarfilms, den die Jugendlichen nach Abschluss des Projektes der Öffentlichkeit präsentierten und der nun regelmäßig bei Führungen in der Gedenkstätte gezeigt wird. Er ist das Ergebnis zweier erlebnisreicher und arbeitsintensiver Begegnungswochen in Worms/Mannheim und Warschau.

Im Rahmen des vom Programm EUROPEANS FOR PEACE der Stiftung EVZ geförderten Projektes setzten sich elf polnische und sieben deutsche Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren intensiv mit dem Thema Menschenrechte im Kontext des Zweiten Weltkriegs auseinander und reflektierten den Gegenwartsbezug dieser Thematik. Ausgehend von der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschäftigten sie sich mit den Menschenrechtsverletzungen, denen die 1944/45 im KZ Mannheim-Sandhofen inhaftierten polnischen Zwangsarbeiter ausgesetzt waren. Dazu fanden zwei Workshops statt, der eine vor und der andere nach der Besichtigung der KZ-Gedenkstätte, bei der die Jugendlichen erstmals mit der prekären Lage der damaligen Häftlinge konfrontiert wurden.

Ging es bei dem ersten Workshop darum, gemeinsam zu überlegen, welche Artikel der Menschenrechtserklärung den Jugendlichen in ihrer aktuellen Lebenssituation als besonders bedeutsam erschienen, richtete sich im zweiten Schritt das Augenmerk darauf, welche Artikel für die damaligen KZ-Häftlinge wichtig gewesen wären, hätte es



Erster Workshop
»Menschenrechte« in
der Jugendherberge in
Worms
In Gruppen wird über
die aktuelle Bedeutung
der Menschenrechte
für die Jugendlichen
diskutiert –
stets stehen Sprach-
mittler bereit, um den
deutsch-polnischen
Austausch zu gewähr-
leisten.



In der Gustav-Wieder-
kehr-Schule. Die polni-
schen Jugendlichen
werden beim Besuch
der KZ-Gedenkstätte
mit der Lebenssituation
der Häftlinge konfron-
tiert. In mehreren Kel-
terräumen der heutigen
Gustav-Wiederkehr-
Schule in Mannheim-
Sandhofen, ist seit dem
12. 11. 1990 eine Dauer-
ausstellung eingerichtet,
die nach vorheriger
Anmeldung von Schul-
klassen, Gruppen und
Einzelpersonen besucht
werden kann.



Zweiter Workshop
»Menschenrechte« in
der Jugendherberge in
Worms.
Menschenrechte sind
universell: die Jugend-
lichen sammeln, erläu-
tern und gewichten sie
hinsichtlich der Situa-
tion im KZ Mannheim-
Sandhofen während
des Workshops.
Alle Fotos: Verein KZ-
Gedenkstätte Mann-
heim-Sandhofen e.V.

die Menschenrechtserklärung 1944 schon gegeben und hätten sie sich darauf berufen können. Angesichts der täglichen Bedrohung von Leib und Leben, denen die polnischen Männer im letzten Kriegsjahr ausgesetzt waren, rückten schnell andere Artikel ins Zentrum der Betrachtung als zuvor, da es um die eigene Erfahrungswelt gegangen war. Plötzlich schienen Rechte wie das der Versammlungsfreiheit, der freien Meinungsäußerung, der freien Berufswahl und das auf Erholung und Freizeit zwar nicht unwichtig, aber doch weniger zentral als die Artikel 3, 4 und 5, in denen das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, das Verbot von Sklaverei und Sklavenhandel sowie das Verbot von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe postuliert werden.

Nach dieser schrittweisen Annäherung an die bedrohte Lebenssituation der Mannheimer KZ-Häftlinge machten sich die Jugendlichen mit den Biografien der ehemaligen Zwangsarbeiter vertraut, die sich zu einem Interview bereit erklärt hatten und die während ihrer Haft in Sandhofen selbst im Alter unserer Teilnehmenden gewesen sind. Außerdem übten dies sich in der Kunst des Filmmachens – von der Handhabung der Kamera über die richtige Beleuchtung bis hin zu ersten Überlegungen zum inhaltlichen Konzept des Filmes.

In Warschau war es dann soweit – der Film wurde gedreht: Jeweils vier bis fünf Jugendliche interviewten vier Zeitzeugen. Anschließend wurde das Ergebnis von allen angeschaut. Was die ehemaligen Häftlinge aus ihrer Jugend erzählten, berührte die deutschen und polnischen Teilnehmenden gleichermaßen: Sie sprachen vom Aufstand der Warschauer Bevölkerung gegen die deutsche Besatzung, während dessen sie im August 1944 verhaftet wurden, von Dachau, wo sie ausgesondert wurden, um bei Daimler-Benz in Mannheim-Waldhof Zwangsarbeit zu leisten, von der Schule in Sandhofen, eilig umgewandelt in ein KZ, vom Hunger, von Läusen, von Kälte, von Schlägen, von Schikanen, aber auch von kleinen Gesten der Menschlichkeit. Und nicht zuletzt davon, wie diese Erfahrung in jugendlichem Alter ihr weiteres Leben geprägt hat. In den darauffolgenden Tagen lauschten die Jugendlichen noch oft diesen eindringlichen Erinnerungen. Denn sie mussten sich diese immer wieder anhören, um auswählen zu können, was davon zu ihrem Film passte, der als Ergebnis des Projektes entstehen sollte. Eine intensive Auseinandersetzung über die Inhalte begann: Welche Szenen, welche Bilder waren geeignet, auf welche musste – manchmal schweren Herzens – verzichtet werden?

Besonders schwierig gestaltete sich die Diskussion darüber, welchen Stellenwert der Warschauer Aufstand in dem Film einnehmen sollte. In der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland noch immer weitgehend unbekannt und oft mit dem jüdischen Aufstand im Warschauer Getto verwechselt, zählt das brutal niedergeschlagene Aufbegehren der Warschauer Bevölkerung gegen die deutsche Besatzungsmacht im August 1944 in Polen zu den zentralen und allseits erinnerten Ereignissen der eigenen Geschichte. Die vier Zeitzeugen waren alle als Beteiligte am Warschauer Aufstand verhaftet und nach Deutschland verschleppt worden. Einige der polnischen Teilnehmenden wünschten sich deshalb, dass diese Tatsache im Film mehr Raum einnehmen sollte als dies letztlich zu realisieren war. Denn zugleich waren sich alle Beteiligten einig, dass die Aussagen der Zeitzeugen und ihre Erinnerungen an die menschenverachtende Behandlung, die ihnen widerfuhr, eine eigene Sprache sprechen und deshalb im Mittelpunkt des Films stehen sollten, ohne allzu viele erklärende Zwischenkommentare der

jungen Filmemacher. Die Erinnerungen der Zeitzeugen an den Warschauer Aufstand stellten sich aber als weit weniger selbsterklärend dar als das, was sie über ihre Haft in Deutschland berichteten, sodass – vor allem für ein deutsches Publikum – viele zusätzliche Informationen zum Verständnis notwendig gewesen wären.

Ähnlich kontrovers war die Diskussion über einen Titel für den Film. Es gab sehr viele, sehr unterschiedliche Vorschläge, die in mehreren Abstimmungsrunden reduziert werden mussten – eine gute Lehrstunde über Mehrheitsentscheidungen und Minderheitsmeinungen, da sich einige Teilnehmenden sehr für »ihren« Titelvorschlag einsetzten und hart darum kämpften. Am Ende wurde mit »Das kann man nicht vergessen, aber keiner erinnert sich daran« der Spannungsbogen thematisiert, den die Jugendlichen immer wieder bemerkt hatten: Einerseits sind den Zeitzeugen ihre schweren Erlebnisse unvergesslich ins Gedächtnis eingebrannt – »es wird erst mit mir sterben«, beschrieb es einer von ihnen. Andererseits zögern die Nachgeborenen oder lehnen es sogar ab, sich mit diesen Erinnerungen zu konfrontieren, wie es einer der Teilnehmer, der die Gustav-Wiederkehr-Schule in Sandhofen als Grundschüler besuchte, in der Eingangssequenz des Films eindrücklich schildert.

Die Begegnung der Jugendlichen mit den vier Zeitzeugen, die individuell äußerst unterschiedlich, aber alle sehr beeindruckend vom Leben und Überleben in unmenschlichen Zeiten berichteten, machte deutlich, wie wichtig die Beachtung und das aktive Eintreten für Menschenrechte sind und was es konkret bedeutet, wenn sie mit Füßen getreten werden.

Patricia Degueldre ist Historikerin M.A. Sie engagiert sich ehrenamtlich im Arbeitskreis der KZ-Gedenkstätte Sandhofen e.V. Hier war sie an der Planung, Organisation und Durchführung des Filmprojektes »Menschenrechte im Blick« beteiligt, das im Programm EUROPEANS FOR PEACE der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft gefördert wurde.

Dr. Susanne Schlösser ist Historikerin und Archivarin. Sie leitet im Stadtarchiv Mannheim – ISG die Abteilung »Historisches Archiv«, in der auch die wissenschaftliche Begleitung der KZ-Gedenkstätte Mannheim–Sandhofen angesiedelt ist. In dieser Funktion war sie an der Planung, Organisation und Durchführung des Filmprojektes »Menschenrechte im Blick« beteiligt.

Verein KZ-Gedenkstätte Sandhofen e.V.
c/o Stadtjugendring Mannheim e.V.
Neckarpromenade 46, 68167 Mannheim
Telefon (0621) 33856-0
sjr-mannheim@t-online.de
www.sjr-mannheim.de

Wanderausstellung: Das Gesicht des Gettos

BILDER JÜDISCHER PHOTOGRAPHEN
AUS DEM GETTO LITZMANNSTADT 1940-1944

Thomas Lutz

Die Wanderausstellung der Stiftung Topographie des Terrors widmet sich dem Schicksal der Juden – sowie Sinti und Roma – im Getto Litzmannstadt. Sie wurde als erste Wechselausstellung im Neubau des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors im Sommer 2010 gezeigt. Seither ist sie in Deutschland in Köln und Stuttgart ausgestellt gewesen. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, die Wechselausstellung zu buchen.

Eine weitere Fassung der deutsch- und englischsprachigen Ausstellung wurde am 24. Januar 2012 in dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen im Rahmen der dortigen Veranstaltungen zum Holocaust-Gedenktag eröffnet. Dank der Unterstützung durch das Auswärtige Amt war es möglich, eine zweite Ausstellungsfassung für die USA herzu-

stellen, die nach dem Ausstellungsende bei der UN in der Zwischenzeit in Portland/Main, Norfolk zu sehen war und gerade im Holocaust-Museum in Richmond ausgestellt wird.

Diese Wechselausstellung hat sich aus einem mehrjährigen, ursprünglich vom Senat der Stadt Berlin initiierten, deutsch-polnischen Studierendenprojekt heraus entwickelt, als dessen Ergebnis ein Gedenkbuch in deutscher und polnischer Sprache über das Schicksal der 4200 aus Berlin in das Getto Litzmannstadt deportierten Juden stand. Dieses Projekt wurde von der Stiftung Topographie des Terrors in Zusammenarbeit mit dem Toleranzinstitut und dem Staatsarchiv in Łódź durchgeführt. Das von der Stiftung herausgegebene Gedenkbuch ist Anfang 2009 erschienen.



Ausstellungseröffnung
im Stuttgarter Rathaus.
Foto: Stadtmuseum
Stuttgart

Im Rahmen der Recherchen im Staatsarchiv Łódź sind – dank der Hilfe des Archivdirektors Piotr Zawilski – der wissenschaftliche Bearbeiter Ingo Loose und der Gestalter Kurt Blank-Markard gemeinsam mit dem Kurator Thomas Lutz auf 27 Fotoalben aufmerksam geworden. Sie enthalten etwa 12 000 thematisch sortierte Kontaktabzüge im Kleinbildformat, die von jüdischen Fotografen aufgenommen wurden. Dieser bislang auch unter Fachleuten nahezu unbekannt Bildbestand über eine einschneidende Etappe der Verfolgung der Juden im Getto Litzmannstadt wird im Rahmen dieser Ausstellung zum ersten Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Unterschied zu den wesentlich bekannteren Fotos des deutsch-»arischen« Leiters der Getto-Finanzabteilung Walter Genewein, die bereits vor zwei Jahrzehnten ausgestellt wurden, nehmen die nun präsentierten Fotos eine ganz andere Perspektive ein. Da die jüdischen Berufsfotografen selbst in dem Getto eingesperrt waren, haben sie ihre Mitbürger mit Empathie und Einfühlungsvermögen abgelichtet. Die Abbildungen sind im offiziellen Auftrag des Judenrates entstanden. Sie sollten das funktionierende Gemeinwesen und die Nützlichkeit der jüdischen Arbeitskräfte für die deutsche Wirt-



Banner zur Wanderausstellung am Eingang zum UN-Hauptquartier, New York. Foto: Kurt Blank-Markard



Mitte links: Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, bei der Eröffnung im UN-Gebäude. Foto: Kurt Blank-Markard



Mitte rechts: Roman Kent, Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und Überlebender des Gettos Litzmannstadt. Foto: Jan Arnesen, UN Exhibits Office



Ausstellungspräsentation in der Old Dominion University - Patricia W. and J. Douglas Perry Library, Norfolk (Virginia). Foto: Soenke Marahrens

schaft demonstrieren. Dennoch wird in den Motiven die Ambivalenz zwischen der ausweglosen Situation im Getto und den Bemühungen der Bewohner, ihre Würde zu erhalten und so lange wie möglich zu überleben, nachvollziehbar.

Aus dem großen Bildbestand sind etwa 50 Abbildungen ausgewählt und sehr stark vergrößert worden. Den Fotos sind als Bildunterschriften Zitate aus Überlebendenberichten und aus der Gettochronik zugeordnet. Die Ausstellung gibt Hinweise für den Umgang mit Bildern als historische Quelle, was sie verschweigen und wie damit quellenkritisch umzugehen ist.

Die Ausstellung zeigt, welche praktischen Auswirkungen mit dem Handeln der Täter an den Schreibtischen in den Zentralen von Polizei und SS in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße auf die Opfer verbunden waren.

Datenblatt: Die Ausstellung ist am besten auf einer Grundfläche von 200 qm zu zeigen. Die Ausstellung besteht aus 14 Tafeln in dem Maßen 76 cm x 90 cm, 21 Tafeln 96 cm x 116 cm und 30 Tafeln 90 cm x 146 cm. Zusammengerechnet sind die Tafeln 75 laufende Meter lang. Diese werden mit Drahtseilen in ein Ausstellungssystem eingehängt. Prinzipiell kann jedes Hängesystem verwendet werden. Alle Texte in der Ausstellung und im Katalog sind zweisprachig: Deutsch und Englisch. Der Ausstellungskatalog umfasst 96 Seiten. Der Verkaufspreis in der Ausstellung beträgt 12 Euro.

Die Tafeln sind in drei Holzkisten verpackt. Das Gesamtgewicht beträgt inklusive der für das Einhängen in ein Ausstellungssystem notwendigen Materialien und drei Bannern, die in zweieinhalb Meter langen Rollen geliefert werden, etwa 520 kg. Falls notwendig kann ein eigenes Ausstellungsgestell – ebenfalls in Kisten verpackt – mitgeliefert werden. Die Kosten für den Transport von und nach Berlin sowie der Auf- und Abbau und die Versicherungskosten müssen von den Leihnehmern übernommen werden. Die Planungskosten für die Anpassung der Ausstellungshängung an den Ausstellungsort übernimmt die Stiftung Topographie des Terrors. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.

Leihgeber ist die Stiftung Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin. Kontakt: Dr. Thomas Lutz (lutz@topographie.de, +49 30 254509-20).

Dr. Thomas Lutz ist Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors. Er hat die hier beschriebene Ausstellung 2010 erarbeitet und ist für deren Betreuung zuständig.